



## **Standard-Eurobarometer 81 Frühjahr 2014**

# **DIE EUROPÄER, DIE EU UND DIE KRISE**

## **BERICHT**

Befragung: Juni 2014

Diese Umfrage wurde von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert.

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.  
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

**Standard-Eurobarometer 81 / Frühjahr 2014 – TNS opinion & social**

**Standard-Eurobarometer 81**  
**Frühjahr 2014**

**Die Europäer, die EU und die Krise**

Umfrage durchgeführt von TNS opinion & social im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation

Umfrage koordiniert von der Europäischen Kommission,  
Generaldirektion Kommunikation (GD KOMM, Referat  
„Strategie, Corporate Communication-Maßnahmen und  
Eurobarometer“)

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>2</b>
<b>I. HAT DIE KRISE IHREN HÖHEPUNKT ERREICHT?.....</b>	<b>4</b>
<b>II. DIE EFFIZIENTESTEN AKTEURE IM KAMPF GEGEN DIE KRISE .....</b>	<b>11</b>
<b>III. MAßNAHMEN, DIE DIE EUROPÄISCHE UNION ERGREIFEN SOLLTE .....</b>	<b>18</b>
1. NACH WIE VOR WIRD DER EUROPÄISCHEN UNION VORRANGIGE BEDEUTUNG BEIGEMESSEN .....	18
2. DIE WIRKSAMSTEN MAßNAHMEN ZUR BEWÄLTIGUNG DER KRISE .....	22
<b>IV. REFORM DES WIRTSCHAFTS- UND FINANZSYSTEMS? .....</b>	<b>27</b>
1. ERFORDERLICHE REFORMEN ZUR BEWÄLTIGUNG DER KRISE UND ZUR VERRINGERUNG DER STAATSVERSCHULDUNG .....	27
2. WELCHE MAßNAHMEN SOLLEN ZUR REFORM DES WIRTSCHAFTS- UND FINANZSYSTEMS ZUM EINSATZ KOMMEN? .....	35
<b>ANHANG</b>	
Technische Spezifikationen	

## EINLEITUNG

Die Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2014 (EB81) wurde Anfang Juni 2014 durchgeführt, zu einem Zeitpunkt, zu dem sich der zwischendurch beobachtete wirtschaftliche Lichtblick im Herbst 2013 (EB80) zu bestätigen schien. So veröffentlichte die Europäische Kommission wenige Wochen vor der Durchführung der Umfrage ermutigende Wachstumsprognosen für das Frühjahr 2014<sup>1</sup>: Das BIP für das gesamte Jahr 2014 sollte demzufolge in der gesamten Europäischen Union um 1,6% wachsen und um 1,2% in der Euro-Zone. Zur Erinnerung – im Jahr 2013 betrug das entsprechende BIP-Wachstum +0,1% und -0,4%. Gleichzeitig zeigte sich in den Arbeitslosenstatistiken für April 2014<sup>2</sup> ein Rückgang um -0,5 Prozentpunkte im Vergleich zu demselben Zeitraum im Jahr 2013 (10,9% auf 10,4% der arbeitstätigen Bevölkerung). Die geringsten Arbeitslosenraten verzeichneten Österreich (4,9%), Deutschland (5,2%) sowie Luxemburg (6,1%), und die höchsten Griechenland (26,5% im Februar 2014) und Spanien (25,1%).

Der Gesamtbericht der Standard-Eurobarometer-Umfrage 81 setzt sich aus mehreren Teilberichten zusammen. Der erste Teilbericht bietet eine Bestandsaufnahme der Meinung der Bevölkerung in der Europäischen Union. In vier weiteren Teilberichten wird die Meinung der EU-Bürger zu anderen Themen präsentiert: die Strategie Europa 2020; die Finanz- und Wirtschaftskrise; die EU-Bürgerschaft; die Lebensbedingungen der EU-Bürger. Dieser Teilbericht widmet sich der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Diese Standard-Eurobarometer-Umfrage wurde zwischen dem 31. Mai und dem 14. Juni 2014<sup>3</sup> in 34 Ländern oder Gebieten durchgeführt: den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den fünf Beitrittskandidaten (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Türkei, Island, Montenegro und Serbien), sowie der türkisch-zypriotischen Gemeinschaft in jenem Landesteil, der nicht von der Regierung der Republik Zypern verwaltet wird.

Die verwendete Methode ist jene der Standard-Eurobarometer-Umfragen der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Strategie, Corporate Communication-Maßnahmen und Eurobarometer“)<sup>4</sup>. Im Anhang dieses Berichts sind technische Hinweise zur Art der Interviewführung durch die Institute des TNS Opinion & Social-Netzwerks zu finden. Darin sind auch die Konfidenzintervalle angegeben<sup>5</sup>, die anhand der Größe der befragten Stichprobe im Verhältnis zur Gesamtzahl der analysierten Bevölkerung Aufschluss über die Genauigkeit der Umfrageergebnisse geben.

---

<sup>1</sup> [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/european\\_economy/2014/pdf/ee3\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2014/pdf/ee3_en.pdf)

<sup>2</sup> [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/3-03062014-BP/FR/3-03062014-BP-FR.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-03062014-BP/FR/3-03062014-BP-FR.PDF)

<sup>3</sup> Bitte lesen Sie in den technischen Hinweisen nach, um die genauen Interviewdaten zu jedem Land zu erfahren.

<sup>4</sup> [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_fr.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_fr.htm)

<sup>5</sup> Die Ergebnistabellen sind im Anhang zu finden. Hierbei ist anzumerken, dass die Gesamtzahl der in den Tabellen zu diesem Bericht angegebenen Prozentsätze mehr als 100% betragen kann, nämlich in jenen Fällen, in denen die Befragten mehrere Antworten auf eine Frage wählen konnten.

Die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen und ihre Entsprechungen lauten wie folgt:

ABKÜRZUNGEN			
BE	Belgien	LV	Lettland
BG	Bulgarien	LU	Luxemburg
CZ	Tschechische Republik	HU	Ungarn
DK	Dänemark	MT	Malta
DE	Deutschland	NL	Niederlande
EE	Estland	AT	Österreich
EL	Griechenland	PL	Polen
ES	Spanien	PT	Portugal
FR	Frankreich	RO	Rumänien
HR	Kroatien	SI	Slowenien
IE	Irland	SK	Slowakei
IT	Italien	FI	Finnland
CY	Republik Zypern*	SE	Schweden
LT	Litauen	UK	Vereinigtes Königreich
CY (tcc)	Türkisch-zypriotische Gemeinschaft	EU28	Europäische Union – gewichteter Durchschnitt zu den 28 Mitgliedstaaten
TR	Türkei	Euro-Zone	BE, FR, IT, LU, DE, AT, ES, PT, IE, NL, FI, EL, EE, SI, CY, MT, SK
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien**	Nicht Euro-Zone	BG, CZ, DK, HR, LT, LV, HU, PL, RO, SE, UK
IS	Island		
ME	Montenegro		
RS	Serbien		

\* Zypern als Gesamtes ist einer der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Anwendung des gemeinsamen Besitzstandes (Acquis Communautaire) ist jedoch in jenem Landesteil, der nicht von der Regierung der Republik Zypern verwaltet wird, ausgesetzt. Aus praktischen Gründen wurden ausschließlich die in dem von der Regierung der Republik Zypern verwalteten Landesteil durchgeführten Befragungen in der Kategorie „CY“ angeführt und in den Durchschnitt der EU28 einbezogen. Die im nicht von der Regierung der Republik Zypern verwalteten Teil des Landes durchgeführten Befragungen sind in der Kategorie „CY(tcc)“ enthalten [tcc: türkisch-zypriotische Gemeinschaft]

\*\* Provisorische Abkürzung, die die nach Abschluss der derzeit bei den Vereinten Nationen laufenden Verhandlungen vereinbarte endgültige Nomenklatur für dieses Land in keiner Form vorwegnehmen soll.

\* \* \* \* \*

*Wir bedanken uns bei all den Befragten in der gesamten Europäischen Union dafür,  
dass sie sich die Zeit für diese Befragung genommen haben.*

.

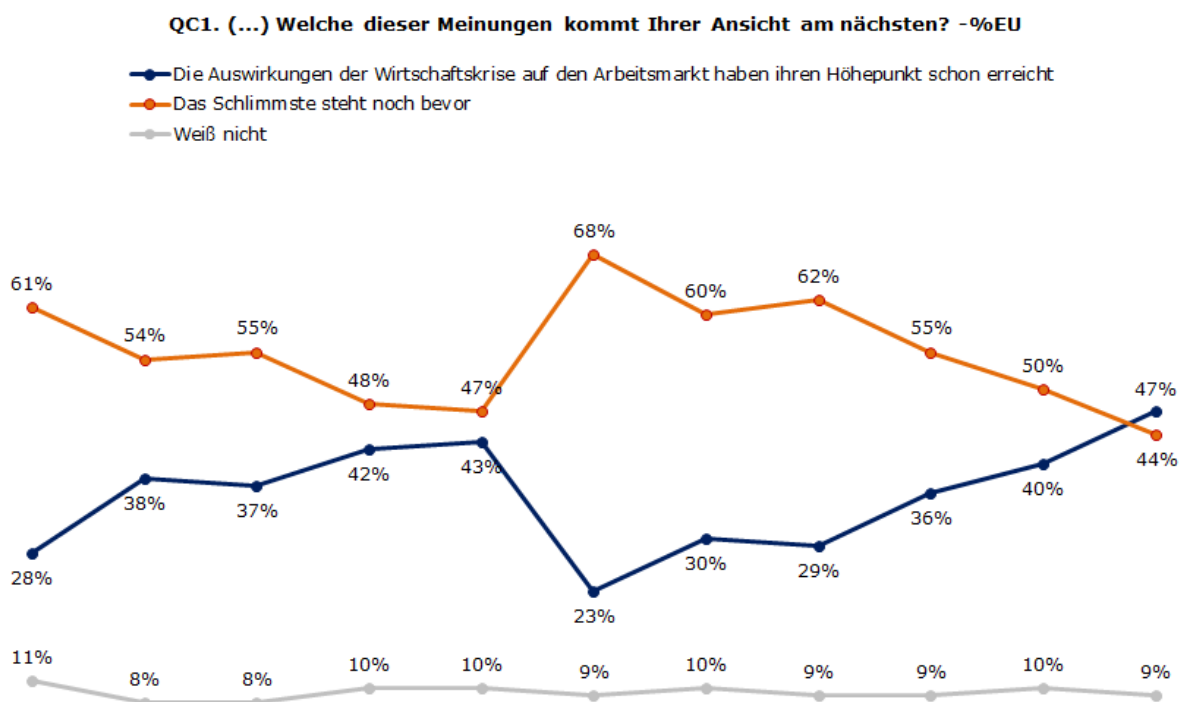
*Ohne ihre aktive Teilnahme wäre diese Umfrage nicht möglich gewesen.*

## I. HAT DIE KRISE IHREN HÖHEPUNKT ERREICHT?

### - Bei den Europäern überwiegt der Optimismus -

In Fortführung des Trends, der seit der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2012 (EB78) zu beobachten ist, **geht der Pessimismus in Bezug auf die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt weiter zurück**. So sind nur **44% der Europäer der Meinung, dass das Schlimmste noch bevorsteht**<sup>6</sup> (-6 Prozentpunkte seit dem Herbst 2013). Es handelt sich um das geringste Maß an Pessimismus seit der Spezial-Eurobarometer-Umfrage von Mai-Juni 2009<sup>7</sup>, im Rahmen derer diese Frage erstmals gestellt wurde. Gleichzeitig sind immer mehr Befragte der Meinung, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt bereits ihren Höhepunkt erreicht haben. Obwohl dieses Ergebnis keine absolute Mehrheit erzielt, so stellt es dennoch den höchsten Prozentsatz dar, der bei diesem Indikator jemals festgestellt wurde. (47%, +7 seit Herbst 2013).

**Erstmals überschneiden sich die beiden Kurven**, und der Optimismus in Bezug auf die Auswirkungen der Krise überwiegt.



Mai-Juni 2009	Hbt. 2009	Fr. 2010	Hbt. 2010	Fr. 2011	Hbt. 2011	Fr. 2012	Hbt. 2012	Fr. 2013	Fr. 2013	Hbt. 2014
EB71.2	EB72	EB73	EB74	EB75	EB76	EB77	EB78	EB79	EB80	EB81

<sup>6</sup> Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

<sup>7</sup> [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_308\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_308_en.pdf)

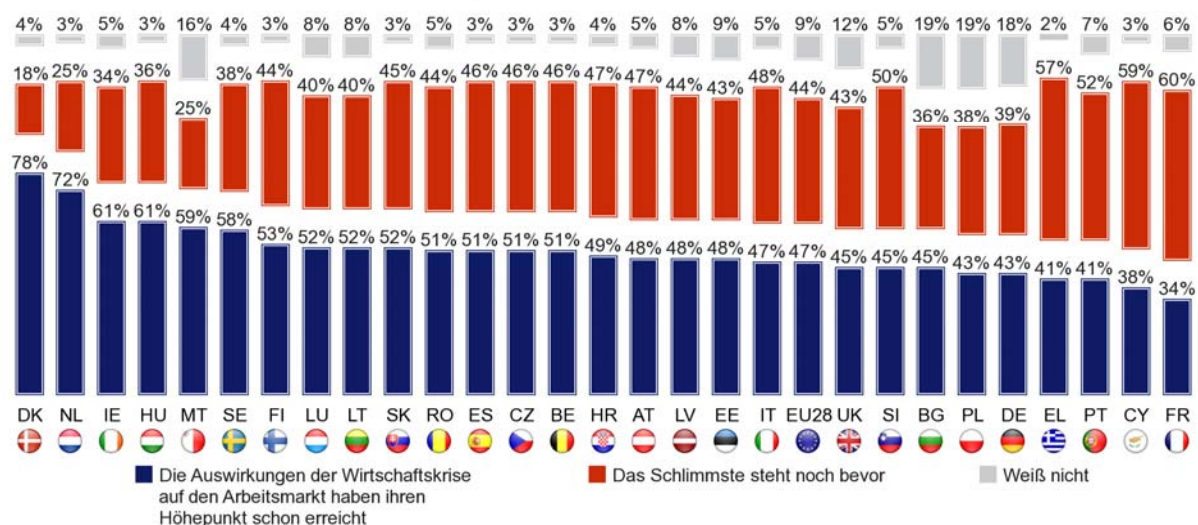
Die Meinung, dass die **Auswirkungen der Krise bereits ihren Höhepunkt erreicht haben, überwiegt in 22 Mitgliedstaaten** (gegenüber 11 im Herbst 2013). Weniger ausgeprägt als in den Ländern außerhalb der Euro-Zone (48% gegenüber 41%) ist sie in den Ländern der Euro-Zone, wo die Meinungen der Befragten genau geteilt sind (46% gegenüber 46% „das Schlimmste steht noch bevor“).

Am optimistischsten sind die Befragten in Dänemark (78%), in den Niederlanden (72%), in Irland und Ungarn (61% in beiden Ländern), auf Malta (59%) sowie in Schweden (58%).

Umgekehrt überwiegt das Gefühl, dass das Schlimmste noch bevor stünde, in sechs Ländern (gegenüber 16 im Herbst 2013): so in Frankreich (60%), auf Zypern (59%), in Griechenland (57%), Portugal (52%), Italien (48%) und Slowenien (45%), für die die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt erreicht haben).

Der Anteil der „Weiß nicht/Keine Angabe“-Antworten beläuft sich auf fast ein Fünftel der Bevölkerung in Bulgarien und Polen (19% in beiden Ländern), aber auch in Deutschland (18%).

QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?



**Das Gefühl, dass die Auswirkungen der Krise bereits ihren Höhepunkt erreicht haben, hat in den Ländern der Euro-Zone stärker zugenommen (46%, +9 Prozentpunkte) als in jenen außerhalb dieser (48%, +4), wodurch sich der Abstand zwischen den beiden Ländergruppen verringert.**

Die Vergrößerung des Anteils der Befragten, die vermuten, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt erreicht haben, wie bereits beim Standard-Eurobarometer vom Herbst 2013 (EB80) beobachtet wurde, betrifft den Großteil der Länder. Die einzigen Ausnahmen hierbei sind Polen (43%, -5 Prozentpunkte) und Estland (48%, -4). Den stärksten Anstieg, verzeichnen Zypern (38%, +27), Rumänien (51%, +17), Slowenien (45%, +16), Portugal (41%, +16) sowie Luxemburg (52%, +15).



































**Die Zahl der EU-Bürger hingegen, die meinen, das Schlimmste stünde noch bevor, geht in 23 Mitgliedstaaten zurück,** insbesondere auf Zypern (59%, -28 Prozentpunkte). Infolge dieser Entwicklung kehrt sich das Verhältnis zwischen Optimisten und Pessimisten im Vergleich zum Herbst 2013 in zehn Mitgliedstaaten zugunsten der positiven Meinungen um: in Rumänien, Luxemburg, Finnland, Litauen, Spanien, Belgien, Kroatien, Lettland, Großbritannien und Deutschland.

**In den Beitrittsländern überwiegt der Optimismus bezüglich der Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt in vier Ländern:** in Island (69% schätzen, dass diese bereits ihren Höhepunkt erreicht haben“), in Montenegro (53%), in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (49%) sowie in der Türkei (47%). Serbien hingegen ist das einzige Land, in dem die Befragten mehrheitlich angeben, dass das Schlimmste noch bevorsteht (48% gegenüber 45% „haben ihren Höhepunkt schon erreicht“).

**In diesen fünf Ländern , verzeichnet der Anteil der Befragten, die glauben, die Auswirkungen der Krise haben ihren Höhepunkt schon erreicht, einen Anstieg** im Vergleich zur Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2013 (EB80), wobei sich dieser Trend am stärksten in Island zeigt (69%, +11 Prozentpunkte). In drei Ländern glauben allerdings mehr Befragte als im Herbst, dass das Schlimmste noch bevorsteht: So in der Türkei (46%, +7), in Serbien (48%, +7) sowie in Montenegro (43%, +3). Diese Entwicklung erklärt sich aus dem Rückgang der „Weiß nicht“-Antworten.





































**QC1** Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

	Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Das Schlimmste steht noch bevor	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Weiß nicht	Unt. Fr.2014-Hbt.2013
 EU28	47%	<b>+7</b>	44%	<b>-6</b>	9%	<b>-1</b>
EURO-ZONE	46%	<b>+9</b>	46%	<b>-7</b>	8%	<b>-2</b>
NICHT EURO-ZONE	48%	<b>+4</b>	41%	<b>-5</b>	11%	<b>+1</b>
 CY	38%	<b>+27</b>	59%	<b>-28</b>	3%	<b>+1</b>
 RO	51%	<b>+17</b>	44%	<b>-4</b>	5%	<b>-13</b>
 SI	45%	<b>+16</b>	50%	<b>-15</b>	5%	<b>-1</b>
 PT	41%	<b>+16</b>	52%	<b>-15</b>	7%	<b>-1</b>
 LU	52%	<b>+15</b>	40%	<b>-15</b>	8%	<b>=</b>
 EL	41%	<b>+14</b>	57%	<b>-14</b>	2%	<b>=</b>
 NL	72%	<b>+12</b>	25%	<b>-9</b>	3%	<b>-3</b>
 IT	47%	<b>+12</b>	48%	<b>-7</b>	5%	<b>-5</b>
 ES	51%	<b>+11</b>	46%	<b>-9</b>	3%	<b>-2</b>
 HU	61%	<b>+9</b>	36%	<b>-4</b>	3%	<b>-5</b>
 SE	58%	<b>+8</b>	38%	<b>-6</b>	4%	<b>-2</b>
 LT	52%	<b>+8</b>	40%	<b>-6</b>	8%	<b>-2</b>
 DK	78%	<b>+7</b>	18%	<b>-8</b>	4%	<b>+1</b>
 FI	53%	<b>+6</b>	44%	<b>-7</b>	3%	<b>+1</b>
 BE	51%	<b>+6</b>	46%	<b>-7</b>	3%	<b>+1</b>
 UK	45%	<b>+6</b>	43%	<b>-11</b>	12%	<b>+5</b>
 IE	61%	<b>+5</b>	34%	<b>-1</b>	5%	<b>-4</b>
 MT	59%	<b>+5</b>	25%	<b>-2</b>	16%	<b>-3</b>
 LV	48%	<b>+5</b>	44%	<b>-1</b>	8%	<b>-4</b>
 AT	48%	<b>+5</b>	47%	<b>+4</b>	5%	<b>-9</b>
 FR	34%	<b>+5</b>	60%	<b>-6</b>	6%	<b>+1</b>
 HR	49%	<b>+4</b>	47%	<b>-2</b>	4%	<b>-2</b>
 CZ	51%	<b>+3</b>	46%	<b>=</b>	3%	<b>-3</b>
 DE	43%	<b>+3</b>	39%	<b>-2</b>	18%	<b>-1</b>
 SK	52%	<b>+1</b>	45%	<b>+5</b>	3%	<b>-6</b>
 BG	45%	<b>+1</b>	36%	<b>+2</b>	19%	<b>-3</b>
 EE	48%	<b>-4</b>	43%	<b>+3</b>	9%	<b>+1</b>
 PL	43%	<b>-5</b>	38%	<b>-1</b>	19%	<b>+6</b>
CY (tcc)	24%	<b>-6</b>	67%	<b>+6</b>	9%	<b>=</b>
 IS	69%	<b>+11</b>	27%	<b>-11</b>	4%	<b>=</b>
 MK	49%	<b>+7</b>	46%	<b>-2</b>	5%	<b>-5</b>
 RS	45%	<b>+5</b>	48%	<b>+7</b>	7%	<b>-12</b>
 ME	53%	<b>+4</b>	43%	<b>+3</b>	4%	<b>-7</b>
 TR	47%	<b>+2</b>	46%	<b>+7</b>	7%	<b>-9</b>

**Vergleicht man dies mit den Ergebnissen von Mai-Juni 2009**, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, **zeigt sich ein sehr starker Zuwachs an Optimismus innerhalb von 5 Jahren**: So hat der Anteil der EU-Bürger, die denken, die Auswirkungen der Krise haben bereits ihren Höhepunkt erreicht, um +19 Prozentpunkte zugenommen (von 28% auf 47%). Diese Meinung verzeichnet **in allen 28 Mitgliedstaaten einen Zuwachs**<sup>8</sup>. Die stärkste Veränderung dahingehend zeigt sich in Dänemark (78%, +42), Irland (61%, +40) und den Niederlanden (72%, +39). Weniger ausgeprägt hingegen ist der Zuwachs in Frankreich (34%, +9) und Polen (43%, +10).

QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

	Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht	Unt Fr.2014-Mai-Juni 2009	Das Schlimmste steht noch bevor	Unt Fr.2014-Mai-Juni 2009	Weiß nicht	Unt Fr.2014-Mai-Juni 2009
 EU28	47%	<b>+19</b>	44%	<b>-17</b>	9%	<b>-2</b>
 DK	78%	<b>+42</b>	18%	<b>-40</b>	4%	<b>-2</b>
 IE	61%	<b>+40</b>	34%	<b>-32</b>	5%	<b>-8</b>
 NL	72%	<b>+39</b>	25%	<b>-36</b>	3%	<b>-3</b>
 HR	49%	<b>+36</b>	47%	<b>-26</b>	4%	<b>-10</b>
 HU	61%	<b>+36</b>	36%	<b>-30</b>	3%	<b>-6</b>
 LV	48%	<b>+35</b>	44%	<b>-38</b>	8%	<b>+3</b>
 LT	52%	<b>+34</b>	40%	<b>-34</b>	8%	<b>=</b>
 LU	52%	<b>+32</b>	40%	<b>-33</b>	8%	<b>+1</b>
 RO	51%	<b>+32</b>	44%	<b>-14</b>	5%	<b>-18</b>
 BG	45%	<b>+29</b>	36%	<b>-14</b>	19%	<b>-15</b>
 MT	59%	<b>+29</b>	25%	<b>-30</b>	16%	<b>+1</b>
 SK	52%	<b>+29</b>	45%	<b>-21</b>	3%	<b>-8</b>
 EE	48%	<b>+28</b>	43%	<b>-33</b>	9%	<b>+5</b>
 BE	51%	<b>+25</b>	46%	<b>-23</b>	3%	<b>-2</b>
 CZ	51%	<b>+22</b>	46%	<b>-18</b>	3%	<b>-4</b>
 DE	43%	<b>+22</b>	39%	<b>-30</b>	18%	<b>+8</b>
 FI	53%	<b>+21</b>	44%	<b>-21</b>	3%	<b>=</b>
 CY	38%	<b>+19</b>	59%	<b>-14</b>	3%	<b>-5</b>
 SI	45%	<b>+19</b>	50%	<b>-18</b>	5%	<b>-1</b>
 PT	41%	<b>+18</b>	52%	<b>-4</b>	7%	<b>-14</b>
 ES	51%	<b>+16</b>	46%	<b>-11</b>	3%	<b>-5</b>
 AT	48%	<b>+16</b>	47%	<b>-4</b>	5%	<b>-12</b>
 UK	45%	<b>+14</b>	43%	<b>-20</b>	12%	<b>+6</b>
 EL	41%	<b>+13</b>	57%	<b>-12</b>	2%	<b>-1</b>
 SE	58%	<b>+13</b>	38%	<b>-14</b>	4%	<b>+1</b>
 IT	47%	<b>+12</b>	48%	<b>-1</b>	5%	<b>-11</b>
 PL	43%	<b>+10</b>	38%	<b>-12</b>	19%	<b>+2</b>
 FR	34%	<b>+9</b>	60%	<b>-7</b>	6%	<b>-2</b>
CY (tcc)	24%	-	67%	-	9%	-
 MK	49%	<b>+24</b>	46%	<b>-18</b>	5%	<b>-6</b>
 IS	69%	-	27%	-	4%	-
 ME	53%	-	43%	-	4%	-
 RS	45%	-	48%	-	7%	-
 TR	47%	<b>+8</b>	46%	<b>+1</b>	7%	<b>-9</b>

\*NG = Nicht gestellt. Die Frage wurde bei der vorhergehenden Befragung in diesen Ländern/Gebieten nicht gestellt.

<sup>8</sup> Zur Information: Kroatien war 2009 noch nicht EU-Mitglied.

**Aus soziodemografischer Sicht** sind die Ergebnisse hinsichtlich der Kriterien wie Alter, Familienstand und Wohnort (städtisch vs. nicht städtisch) relativ einheitlich.

Hierbei zeigt sich jedoch, dass mehr Männer eher glauben, die Auswirkungen der Krise hätten bereits ihren Höhepunkt erreicht (50% gegenüber 44% der Frauen), während mehr Frauen wiederum vermuten, dass das Schlimmste noch bevorsteht (46% gegenüber 43% der Männer).

Obwohl sich nur geringe altersbedingte Unterschiede zeigen, heben sich die Befragten zwischen 55 und 64 Jahren vom Rest ab. So sind diese mehrheitlich pessimistisch: 48% glauben, das Schlimmste stünde noch bevor (gegenüber 43%).

Bei den Befragten zwischen 45 und 54 Jahren halten sich die Antworten die Waage (46% gegenüber 46%), und in allen anderen Alterskategorien überwiegt der Optimismus.

**Der Bildungsgrad und die sozioprofessionellen Kategorien bewirken die größten Unterschiede.** So glauben mehr Befragte, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder darüber hinaus fortgesetzt haben, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt bereits ihren Höhepunkt erreicht haben (54% gegenüber 39% jener, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher beendet haben), ebenso wie die leitenden Angestellten (58% gegenüber 41% der Arbeiter und 36% der Arbeitslosen).

Darüber hinaus sind mehr Personen, die sich ganz oben auf der sozialen Leiter einstufen, der Meinung, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt bereits ihren Höhepunkt erreicht haben (60% gegenüber 34% jener, die sich ganz unten einstufen).

QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?












	Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht	Das Schlimmste steht noch bevor	Weiß nicht
EU28	47%	44%	9%
<b>Geschlecht</b>			
Mann	50%	43%	7%
Frau	44%	46%	10%
<b>Alter</b>			
15-24	48%	42%	10%
25-34	46%	45%	9%
35-44	50%	42%	8%
45-54	46%	46%	8%
55-64	43%	48%	9%
65-74	46%	45%	9%
75+	45%	43%	12%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>			
15-	39%	52%	9%
16-19	43%	47%	10%
20+	54%	38%	8%
Studiert noch	53%	37%	10%
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>			
Selbstständige	56%	36%	8%
Leitende Angestellte	58%	35%	7%
Andere Angestellte	51%	40%	9%
Arbeiterinnen	41%	50%	9%
Hausfrauen / -männer	46%	45%	9%
Arbeitslose	36%	57%	7%
Rentner / Pensionäre	44%	46%	10%
Schüler / Studenten	53%	37%	10%
<b>Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala</b>			
Niedrig (1-4)	34%	57%	9%
Mittel (5-6)	46%	45%	9%
Hoch (7-10)	60%	33%	7%
<b>My voice counts in the EU</b>			
Stimme zu	58%	33%	9%
Stimme nicht zu	38%	54%	8%
<b>Die Globalisierung ist eine Chance</b>			
Stimme zu	57%	35%	8%
Stimme nicht zu	36%	57%	7%

Und schließlich **ist der Optimismus bei jenen deutlich ausgeprägter, die meinen, dass ihre Stimme in der Europäischen Union zählt** (58% gegenüber 38% bei jenen, die glauben, ihre Stimme zähle nicht) **sowie bei jenen, die die Globalisierung als eine Chance sehen** (57% gegenüber 36% jener, die gegenteiliger Meinung sind).

Aus der folgenden Tabelle sind die durchschnittlichen Ergebnisse in der gesamten EU (EU28), in den sechs größten EU-Ländern sowie in vier besonders von der Wirtschaftskrise betroffenen Ländern nach soziodemografischen Kriterien ersichtlich.

QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht

	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	47%	43%	51%	34%	47%	43%	45%	41%	41%	61%	38%
<b>Geschlecht</b>											
Männlich	50%	49%	52%	36%	49%	44%	50%	44%	39%	65%	39%
Weiblich	44%	37%	50%	32%	45%	42%	40%	39%	42%	57%	36%
<b>Alter</b>											
15-24	48%	40%	46%	37%	63%	40%	43%	49%	40%	55%	35%
25-39	48%	35%	48%	37%	50%	50%	48%	48%	46%	63%	33%
40-54	47%	42%	57%	31%	48%	41%	48%	36%	43%	66%	41%
55 +	44%	48%	50%	33%	41%	39%	40%	38%	36%	58%	41%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>											
15-	39%	41%	49%	24%	41%	22%	34%	28%	37%	51%	28%
16-19	43%	38%	52%	31%	47%	37%	43%	42%	45%	55%	37%
20+	54%	51%	57%	39%	55%	52%	56%	47%	51%	72%	43%
Studiert noch	53%	52%	43%	41%	67%	50%	35%	50%	39%	64%	40%
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>											
Selbstständige	56%	49%	70%	49%	53%	52%	59%	45%	38%	81%	37%
Leitende Angestellte	58%	51%	62%	48%	67%	57%	57%	41%	47%	71%	45%
Andere Angestellte	51%	33%	63%	38%	55%	50%	51%	49%	54%	67%	43%
Arbeiter	41%	33%	54%	26%	43%	35%	41%	40%	43%	63%	33%
Hausfrauen / -männer	46%	42%	54%	22%	49%	49%	55%	42%	42%	47%	25%
Arbeitslose	36%	28%	41%	28%	31%	30%	33%	26%	35%	45%	29%
Rentner / Pensionäre	44%	49%	50%	34%	35%	39%	37%	41%	38%	58%	44%
Schüler / Studenten	53%	52%	43%	41%	67%	50%	35%	50%	39%	64%	40%

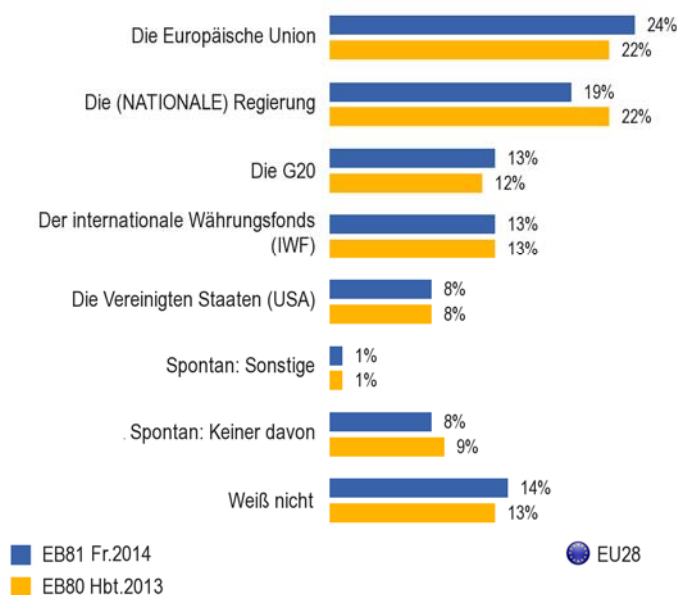
## II. DIE EFFIZIENTESTEN AKTEURE IM KAMPF GEGEN DIE KRISE

### – Die Europäischen Union: der effizienteste Akteur im Kampf gegen die Krise –

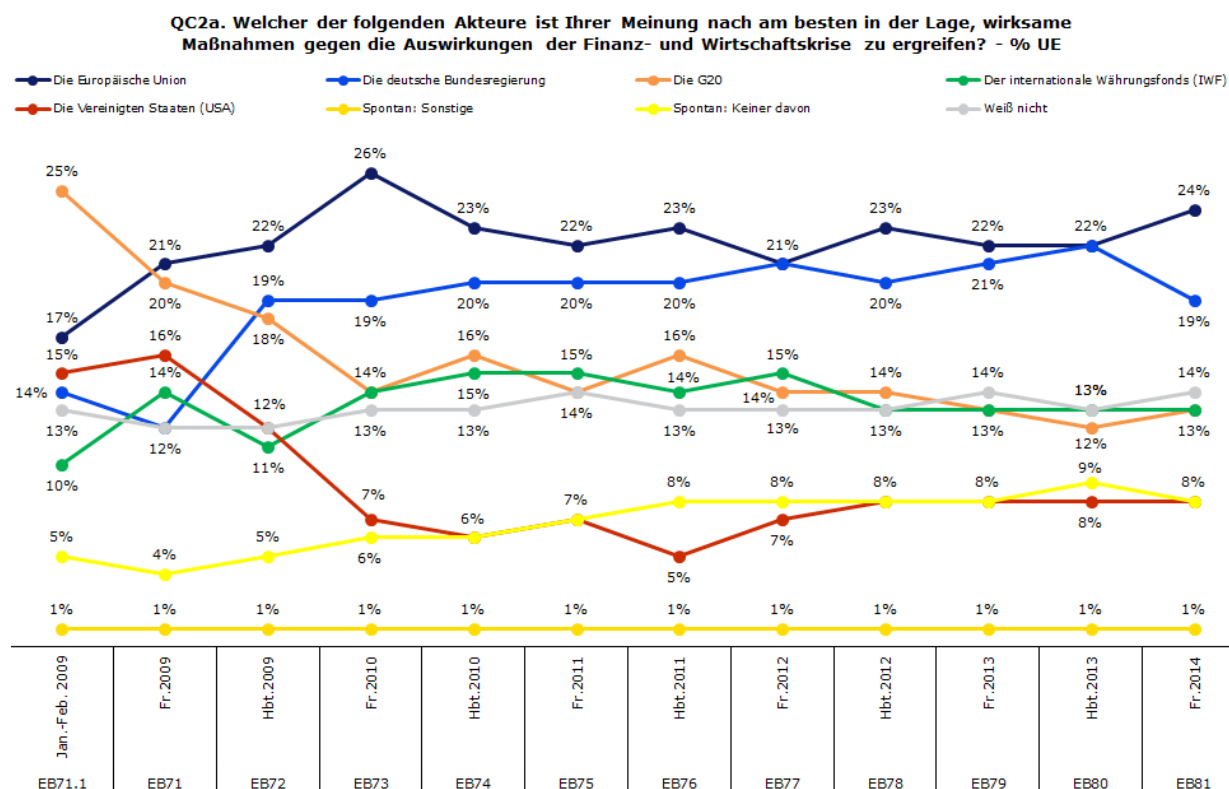
Auf die Frage hin, **welcher Akteur ihrer Meinung nach am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu setzen<sup>9</sup>**, geben die EU-Bürger in erster Linie die Europäische Union an (24%, +2 Prozentpunkte seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013).

Danach wird die nationale Regierung von 19% der Befragten angeführt, was einen Rückgang um -3 Prozentpunkte bedeutet. Während sich diese beiden Items im Herbst 2013 den ersten Platz teilten, liegen nun fünf Prozentpunkte zwischen ihnen – der größte Abstand zugunsten der EU seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2010 (EB73), bei der dieser Abstand bei 7 Prozentpunkten lag. Die G20 erzielt 13% der Antworten (+1 Prozentpunkt), ebenso wie der Internationale Währungsfonds (13%, unverändert). Die Vereinigten Staaten erzielen 8% der Antworten, ein unverändertes Ergebnis.

QC2a. Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen?



<sup>9</sup> QC2a Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen? (ROTATION) : Die (NATIONALE) Regierung; Die Europäische Union; Die Vereinigten Staaten (USA); Die G20; Der internationale Währungsfonds (IWF); Sonstige (SPONTAN); Keiner davon (SPONTAN); Weiß nicht/Keine Angabe



Bei der Analyse nach Ländern zeigen sich jedoch je nach Mitgliedstaat sehr unterschiedliche Meinungen.

Die Befragten in den Ländern der Euro-Zone sind der Meinung, dass die Europäische Union am besten in der Lage ist, effizient gegen die Krise vorzugehen (26%, +3 Prozentpunkte), gefolgt von der eigenen Regierung (17%, -3). Außerhalb der Euro-Zone ist das Meinungsverhältnis umgekehrt. So vertrauen die Befragten in erster Linie ihrer Regierung (24%, -3) und dann erst der Europäischen Union (21%, unverändert).

Die Europäische Union wird in 20 von 28 Mitgliedstaaten am häufigsten angeführt (Durchschnitt EU28: 24%). Am meisten vertrauen ihr die Befragten in Slowenien (35%, +5 Prozentpunkte) sowie in Kroatien (35%, +12), auf Malta (34%, -2), sowie in Bulgarien (33%, -2), Litauen (33%, +5) und Portugal (33%, +10). In 16 Mitgliedstaaten zeigt sich eine positive Entwicklung, wobei diese in Kroatien besonders ausgeprägt ist (35%, +12), ebenso in Portugal (33%, +10). Deutlich seltener wird die Europäische Union in Großbritannien angeführt (11%, +1) sowie in der Tschechischen Republik (12%, +2), während sie in Polen (29%, -5), aber auch in Estland (19%, -5) einen negativen Trend aufweist.

An erster Stelle liegt die nationale Regierung in drei Mitgliedstaaten (Durchschnitt EU28: 19%): Rumänien (35%, -10 Prozentpunkte), Großbritannien (33%, -3) und Ungarn (31%, +7). Am wenigsten Vertrauen in ihre eigene Regierung hinsichtlich wirksamer Maßnahmen gegen die Krise haben die Befragten in der Tschechischen Republik (8%, +2) sowie in Estland (8%, -3).

Wesentlich seltener genannt als im Herbst 2013 wird die nationale Regierung in folgenden Ländern: Kroatien (13%, -10) und Rumänien (35%, -10). Umgekehrt verzeichnet sie in Slowenien den stärksten Anstieg (17%, +8); in ähnlichem Ausmaß in Ungarn (31%, +7).

**In fünf Mitgliedstaaten führen die Befragten am häufigsten die G20 als wirksamsten Akteur gegen die Auswirkungen der Krise an** (EU28-Durchschnitt: 13%). Es handelt sich um die Tschechische Republik (38%, -1 Prozentpunkt), die Niederlande – mit dem stärksten Anstieg – (34%, +8), die Slowakei (27%, unverändert), Estland (25%, =) und Dänemark (23%, +1). In der Slowakei erhält die G20 27% der Stimmen, ebenso wie die Europäische Union. Am wenigsten Stimmen hingegen erhält die G20 in Irland (6%, -3) und Spanien (6%, =), während sie in Luxemburg den stärksten Rückgang verzeichnet (17%, -5).

**Der Internationale Währungsfonds** (EU28-Durchschnitt: 13%) wird in Finnland an erster Stelle aller Antwortmöglichkeiten genannt (29%, +1 Prozentpunkt). Auch sehr häufig wird er in den Niederlanden (20%, +5) sowie in Luxemburg (20%, +3) genannt. Den geringsten Anteil verzeichnet er in Griechenland (3%, -1). In 14 der 28 Mitgliedstaaten zeigen sich positive Trends, vor allem auf Malta (16%, +8). Umgekehrt verzeichnet der IWF in zehn Ländern einen Negativtrend, am stärksten in Österreich (12%, -4).



































**Die Vereinigten Staaten** (EU28-Durchschnitt: 8%) werden vor allem von den Befragten in der Tschechischen Republik als fähigster Akteur im Vorgehen gegen die Krise betrachtet (17%, +1 Prozentpunkt). Gleiches gilt für Zypern (13%, +8, stärkster Anstieg). In 12 der 28 Mitgliedstaaten zeigt sich ein Zuwachs, und in 11 ein Rückgang.

**In drei der Beitrittsländer** steht die **nationale Regierung** an oberster Stelle der Antworten: Türkei (33%, +6 Prozentpunkte), Serbien (30%, +7) und Island (25%, -1). Zudem misst Island dem Internationalen Währungsfonds eine fast ebenso große Bedeutung zu (24%, +4).

**Die Europäische Union** wird in folgenden Ländern als am besten in der Lage eingeschätzt, wirksame Maßnahmen gegen die Krise zu setzen: in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (27%, +7 Prozentpunkte) sowie in Montenegro (32%, +4). Hierzu ist anzumerken, dass die nationale Regierung in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien einen deutlichen Rückgang verzeichnet (20%, -14).



QC2a. Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen?






	Die Europäische Union	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Die (NATIONALITÄT) Regierung	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Die G20	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Der internationale Währungsfonds (IWF)	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Die Vereinigten Staaten (USA)	Unt. Fr.2014-Hbt.2013
 EU28	24%	<b>+2</b>	19%	<b>-3</b>	13%	<b>+1</b>	13%	=	8%	=
EURO-ZONE	26%	<b>+3</b>	17%	<b>-3</b>	13%	=	14%	=	7%	=
NICHT EURO-ZONE	21%	=	24%	<b>-3</b>	14%	<b>+3</b>	11%	=	8%	<b>-1</b>
 BE	32%	<b>+3</b>	17%	=	20%	=	15%	<b>-2</b>	7%	<b>-1</b>
 BG	33%	<b>-2</b>	11%	<b>-4</b>	18%	<b>+3</b>	7%	<b>-2</b>	4%	<b>-2</b>
 CZ	12%	<b>+2</b>	8%	<b>+2</b>	38%	<b>-1</b>	15%	<b>+1</b>	17%	<b>+1</b>
 DK	20%	<b>+3</b>	15%	<b>-2</b>	23%	<b>+1</b>	17%	=	12%	<b>-3</b>
 DE	24%	=	17%	<b>-4</b>	16%	<b>-1</b>	11%	<b>-3</b>	4%	<b>+1</b>
 EE	19%	<b>-5</b>	8%	<b>-3</b>	25%	=	13%	<b>+3</b>	8%	<b>+3</b>
 IE	27%	<b>-1</b>	17%	<b>-2</b>	6%	<b>-3</b>	19%	<b>+2</b>	11%	<b>+3</b>
 EL	27%	<b>+5</b>	26%	<b>-3</b>	9%	=	3%	<b>-1</b>	6%	<b>+2</b>
 ES	23%	=	17%	=	6%	=	10%	<b>-1</b>	11%	=
 FR	27%	<b>+6</b>	15%	<b>-3</b>	13%	<b>-1</b>	19%	=	8%	=
 HR	35%	<b>+12</b>	13%	<b>-10</b>	11%	<b>+2</b>	14%	<b>-3</b>	10%	=
 IT	28%	<b>+6</b>	18%	<b>-5</b>	9%	<b>+2</b>	14%	<b>+2</b>	10%	=
 CY	22%	<b>-2</b>	15%	<b>-3</b>	12%	=	17%	<b>+2</b>	13%	<b>+8</b>
 LV	24%	<b>+2</b>	16%	<b>+3</b>	17%	<b>+1</b>	13%	<b>+4</b>	8%	<b>+3</b>
 LT	33%	<b>+5</b>	12%	=	15%	<b>+3</b>	11%	<b>+1</b>	8%	<b>-2</b>
 LU	31%	<b>-1</b>	10%	<b>+3</b>	17%	<b>-5</b>	20%	<b>+3</b>	6%	<b>-1</b>
 HU	27%	<b>+1</b>	31%	<b>+7</b>	9%	=	12%	=	10%	=
 MT	34%	<b>-2</b>	24%	<b>-7</b>	8%	=	16%	<b>+8</b>	6%	<b>+1</b>
 NL	20%	=	13%	<b>-6</b>	34%	<b>+8</b>	20%	<b>+5</b>	5%	<b>-1</b>
 AT	24%	=	17%	<b>-4</b>	12%	<b>+1</b>	12%	<b>-4</b>	7%	<b>+3</b>
 PL	29%	<b>-5</b>	16%	<b>+1</b>	10%	<b>+5</b>	9%	=	10%	<b>+1</b>
 PT	33%	<b>+10</b>	18%	<b>-2</b>	9%	<b>+1</b>	11%	<b>+4</b>	6%	<b>-3</b>
 RO	31%	<b>+6</b>	35%	<b>-10</b>	7%	<b>+3</b>	12%	<b>+3</b>	5%	<b>+1</b>
 SI	35%	<b>+5</b>	17%	<b>+8</b>	7%	<b>-1</b>	12%	<b>-1</b>	7%	<b>-1</b>
 SK	27%	<b>+1</b>	14%	<b>+3</b>	27%	=	12%	<b>-1</b>	6%	<b>+1</b>
 FI	22%	=	12%	<b>-3</b>	17%	<b>+1</b>	29%	<b>+1</b>	8%	<b>-1</b>
 SE	29%	<b>+4</b>	17%	<b>-9</b>	22%	<b>+2</b>	16%	<b>+2</b>	4%	<b>-1</b>
 UK	11%	<b>+1</b>	33%	<b>-3</b>	12%	<b>+2</b>	11%	<b>-1</b>	6%	<b>-3</b>
CY(tcc)	24%	=	9%	<b>-2</b>	18%	<b>+7</b>	21%	<b>+4</b>	11%	<b>-2</b>
 MK	27%	<b>+7</b>	20%	<b>-14</b>	15%	<b>+8</b>	11%	<b>+1</b>	14%	<b>+4</b>
 IS	19%	=	25%	<b>-1</b>	13%	<b>-4</b>	24%	<b>+4</b>	5%	<b>-1</b>
 ME	32%	<b>+4</b>	22%	<b>-1</b>	4%	<b>+2</b>	15%	<b>+2</b>	9%	<b>+1</b>
 RS	21%	=	30%	<b>+7</b>	5%	<b>+3</b>	18%	<b>+8</b>	8%	=
 TR	18%	<b>+4</b>	33%	<b>+6</b>	5%	<b>-1</b>	10%	<b>+1</b>	21%	<b>+7</b>



**Bei der soziodemografischen Analyse zeigt sich, dass die jüngsten Befragten der Europäischen Union am meisten Vertrauen entgegenbringen** (28% der 15-24-Jährigen gegenüber 22% der Befragten ab 55 Jahren), **aber auch diejenigen mit dem höchsten Abschluss** (26% jener, die bis zum Alter von 20 Jahren oder darüber hinaus ihre Ausbildung fortgesetzt haben sowie 29% jener, die noch studieren und 20% jener, die ihre Ausbildung mit 15 Jahren oder früher abgebrochen haben) sowie **die finanziell am besten Situierten** (25% jener, die keine Probleme haben, ihre Rechnungen zu bezahlen gegenüber 19% jener, die regelmäßig mit dieser Art von Problemen zu kämpfen haben). Diejenigen, die meinen, ihre Stimme zähle in der Europäischen Union, stehen ihr ebenfalls positiver gegenüber (31% gegenüber 19% derjenigen, die das Gegenteil meinen).

Diejenigen, die angeben, ihre nationale Regierung sei am ehesten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen sind diejenigen, die ihre Schulausbildung bereits früh beendet haben (23% derjenigen, die ihre Schulausbildung bereits mit 15 Jahren oder früher beendet haben, gegenüber 17% derjenigen, die ihre Schulausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder darüber hinaus fortgeführt haben), sowie Arbeiter und Rentner (21% in beiden Kategorien gegenüber 16% der Selbstständigen). Und schließlich wird die nationale Regierung von jenen deutlich häufiger angeführt, die sich zur Arbeiterschicht zählen (22%) als von jenen, die sich der oberen Gesellschaftsschicht zuordnen (13%).












**QC2a. Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen?**

	Die Europäische Union	Die (NATIONALE) Regierung	Die G20	Der internationale Währungs-fonds (IWF)	Die Vereinigten Staaten (USA)
EU28	24%	19%	13%	13%	8%
 <b>Geschlecht</b>					
Mann	24%	19%	16%	14%	8%
Frau	24%	20%	11%	12%	7%
 <b>Alter</b>					
15-24	28%	16%	14%	11%	10%
25-39	26%	19%	14%	12%	7%
40-54	24%	19%	14%	14%	7%
55 +	22%	21%	11%	13%	7%
 <b>Ausbildung (Ende der)</b>					
15-	20%	23%	8%	9%	7%
16-19	24%	20%	12%	13%	8%
20+	26%	17%	17%	16%	7%
Studiert noch	29%	15%	16%	13%	9%
 <b>Sozio-professionnelle Kategorie</b>					
Selbstständige	24%	16%	15%	16%	7%
Leitende Angestellte	24%	20%	20%	16%	6%
Andere Angestellte	26%	19%	16%	15%	6%
Arbeiter	24%	21%	12%	12%	7%
Hausfrauen / -männer	24%	20%	11%	8%	7%
Arbeitslose	23%	19%	10%	11%	11%
Rentner / Pensionäre	22%	21%	10%	13%	7%
Schüler / Studenten	30%	15%	16%	12%	10%
<b>Betrachten zählen</b>					
Arbeiterklasse	21%	22%	10%	11%	8%
Mittelschicht	27%	18%	15%	15%	7%
Oberschicht	28%	13%	24%	16%	9%
 <b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>					
Meistens	19%	21%	10%	11%	10%
Gelegentlich	24%	20%	11%	12%	9%
Nahezu nie/ Nie	25%	19%	15%	14%	7%
<b>Meine Stimme zählt in der EU</b>					
Stimme zu	31%	17%	16%	14%	6%
Stimme nicht zu	19%	21%	12%	13%	9%

Aus folgender Tabelle sind die Durchschnittsergebnisse für die gesamte EU (EU28) nach soziodemografischen Kriterien ersichtlich, für die sechs größten EU-Länder sowie für vier Länder, die besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen sind.

QC2a. Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen?

Die Europäische Union

	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	24%	24%	23%	27%	28%	29%	11%	27%	33%	27%	22%
<b>Geschlecht</b>											
Männlich	24%	24%	25%	28%	28%	27%	11%	28%	35%	31%	26%
Weiblich	24%	23%	21%	25%	28%	30%	10%	25%	32%	24%	19%
<b>Alter</b>											
15-24	28%	29%	25%	23%	35%	32%	16%	37%	38%	26%	24%
25-39	26%	28%	24%	25%	27%	30%	14%	25%	34%	31%	21%
40-54	24%	21%	23%	25%	32%	32%	7%	27%	34%	26%	22%
55 +	22%	22%	21%	30%	24%	24%	9%	24%	32%	25%	23%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>											
15-	20%	21%	19%	22%	26%	18%	5%	18%	31%	21%	21%
16-19	24%	24%	23%	26%	28%	29%	9%	24%	34%	26%	18%
20+	26%	24%	27%	29%	33%	28%	14%	32%	40%	33%	25%
Studiert noch	30%	31%	26%	23%	33%	33%	21%	38%	32%	26%	28%
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>											
Selbstständige	24%	21%	31%	26%	29%	27%	13%	25%	26%	24%	23%
Leitende Angestellte	24%	22%	21%	33%	45%	32%	9%	36%	38%	40%	34%
Andere Angestellte	26%	23%	24%	26%	36%	29%	8%	28%	44%	32%	23%
Arbeiter	24%	25%	20%	25%	30%	29%	10%	27%	32%	26%	20%
Hausfrauen / -männer	24%	27%	18%	20%	25%	35%	15%	26%	41%	20%	13%
Arbeitslose	23%	19%	25%	14%	18%	28%	17%	18%	34%	20%	17%
Rentner / Pensionäre	22%	23%	22%	31%	21%	25%	7%	27%	31%	25%	18%
Schüler / Studenten	30%	31%	26%	23%	33%	33%	21%	38%	32%	26%	28%

### III. MAßNAHMEN, DIE DIE EUROPÄISCHE UNION ERGREIFEN SOLLTE

#### 1. NACH WIE VOR WIRD DER EUROPÄISCHEN UNION VORRANGIGE BEDEUTUNG BEIGEMESSEN

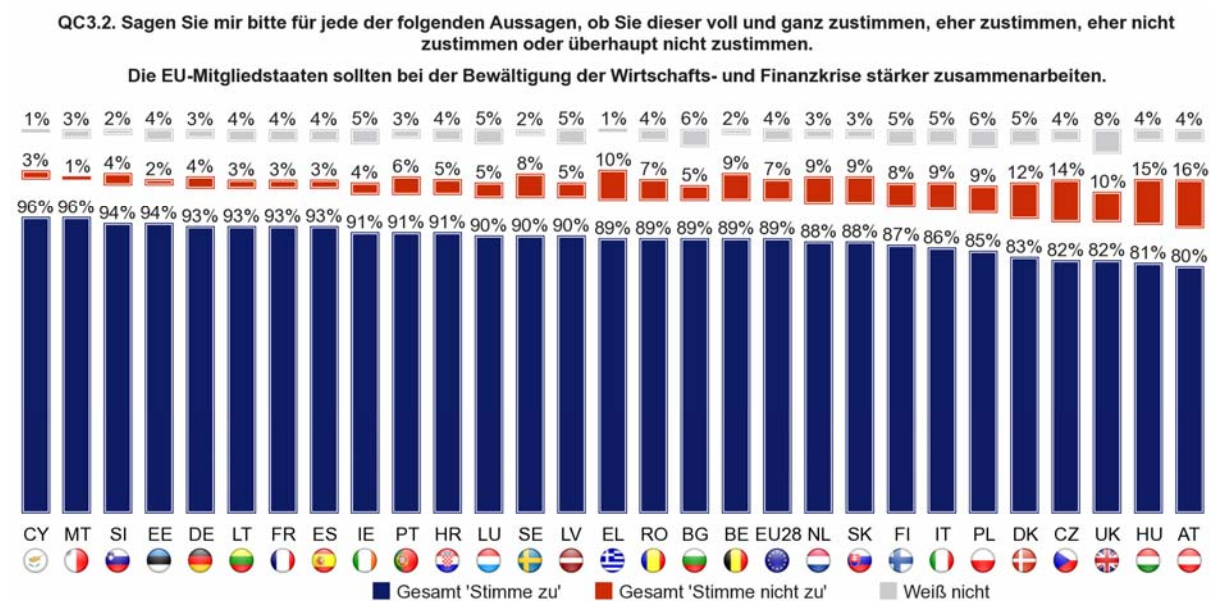
##### Zusammenarbeit

**Fast neun von 10 EU-Bürgern** (89%, -1 Prozentpunkt seit dem Herbst 2013) glauben, dass **die Mitgliedstaaten der Europäischen Union** verstärkt zusammenarbeiten sollten, um gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise vorzugehen<sup>10</sup>. Nur 7% sind gegenteiliger Meinung (unverändert), und 4% antworten mit „Weiß nicht“ (+1).

**In allen Mitgliedstaaten stimmen die Befragten dieser Aussage in hohem Maß zu**, insbesondere auf Zypern und Malta (96% in beiden Ländern), gefolgt von Slowenien und Estland (94% in beiden Ländern). Die niedrigsten Anteile wurden in Österreich (80%) sowie in Ungarn (81%) gemessen.

Das Gefühl, **dass die EU-Mitgliedstaaten verstärkt zusammenarbeiten sollten**, um gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise vorzugehen hat in der Euro-Zone leicht zugenommen (91%, +1 Prozentpunkt seit dem Herbst 2013), während es außerhalb der Euro-Zone schwächer geworden ist (85%, -4).

Die Entwicklungen sind relativ begrenzt. Die Meinung, dass die Mitgliedstaaten verstärkt zusammenarbeiten sollten, hat auf Malta am meisten zugelegt (96%, +6 Prozentpunkte). Umgekehrt zeigt sich der deutlichste Rückgang in der Tschechischen Republik (82%, -8), in Ungarn (81%, -7) sowie in Luxemburg (90%, -6).

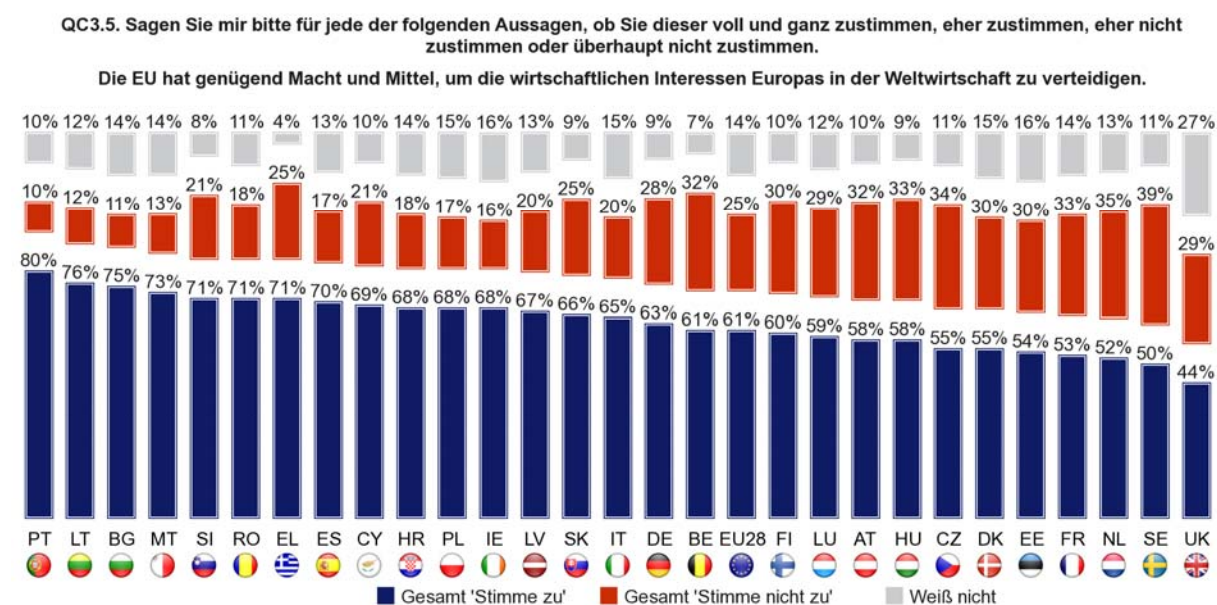


<sup>10</sup> QC3.2. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Die EU-Mitgliedstaaten sollten bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise stärker zusammenarbeiten.

### Macht und Mittel der Europäischen Union

Für etwas mehr als sechs von zehn EU-Bürgern (61%, unverändert seit Herbst 2013) verfügt die EU über ausreichend Macht und Mittel, um die wirtschaftlichen Interessen Europas in der Weltwirtschaft zu verteidigen<sup>11</sup>. Im Gegensatz dazu denken 25% der Befragten, dass dies nicht der Fall sei (-3 Prozentpunkte), und 14% antworten mit „Weiß nicht“ (+3).

Diese Meinung überwiegt in allen Mitgliedstaaten. Was die Intensität angeht, kristallisieren sich dennoch einige Unterschiede heraus: die stärkste Zustimmung zu dieser Aussage wurde in Portugal (80%), in Litauen (76%) sowie in Bulgarien (75%) gemessen. Umgekehrt ist die Gesamtzahl der „Stimme zu“-Antworten in Großbritannien am geringsten – das einzige Land, in dem weniger als jeder Zweite dieser Meinung ist (44%, gegenüber 29% „Stimme nicht zu“-Antworten). Hierbei ist anzumerken, dass in diesem Land 27% der Befragten mit „Weiß nicht“ antworten.
































Diejenigen, die glauben, dass die **EU über ausreichend Macht und Mittel verfügt, um die wirtschaftlichen Interessen Europas in der Weltwirtschaft zu verteidigen**, sind etwas zahlreicher als in der Euro-Zone (63%, unverändert) als außerhalb dieser (57%, -4 Prozentpunkte).

Der stärkste positive Trend zeigt sich bei dieser Meinung in Portugal (80%, +11 Prozentpunkte), auf Malta (73%, +9) sowie in Slowenien (71%, +8). Einen Rückgang hingegen verzeichnen die Ergebnisse in Estland (54%, -9), auf Zypern (69%, -7), in Lettland (67%, -7) und Österreich (58%, -7).

<sup>11</sup> QC3.5 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Die EU hat genügend Macht und Mittel, um die wirtschaftlichen Interessen Europas in der Weltwirtschaft zu verteidigen

QC3. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Antwort: Gesamt 'Simme zu'

		Die EU-Mitgliedstaaten sollten bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise stärker zusammenarbeiten	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013	Die EU hat genügend Macht und Mittel, um die wirtschaftlichen Interessen Europas in der Weltwirtschaft zu verteidigen	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013
	EU28	89%	<b>-1</b>	61%	=
	EURO-ZONE	91%	<b>+1</b>	63%	=
	NICHT EURO-ZONE	85%	<b>-4</b>	57%	<b>-4</b>
	BE	89%	<b>-4</b>	61%	<b>-4</b>
	BG	89%	<b>-3</b>	75%	=
	CZ	82%	<b>-8</b>	55%	<b>-6</b>
	DK	83%	<b>-1</b>	55%	<b>-2</b>
	DE	93%	=	63%	<b>-1</b>
	EE	94%	<b>-2</b>	54%	<b>-9</b>
	IE	91%	<b>-1</b>	68%	<b>-3</b>
	EL	89%	<b>-3</b>	71%	<b>-4</b>
	ES	93%	=	70%	<b>+1</b>
	FR	93%	<b>+1</b>	53%	<b>+1</b>
	HR	91%	<b>+2</b>	68%	<b>-1</b>
	IT	86%	<b>+4</b>	65%	<b>+2</b>
	CY	96%	<b>-2</b>	69%	<b>-7</b>
	LV	90%	<b>-1</b>	67%	<b>-7</b>
	LT	93%	<b>+2</b>	76%	<b>+4</b>
	LU	90%	<b>-6</b>	59%	=
	HU	81%	<b>-7</b>	58%	<b>-6</b>
	MT	96%	<b>+6</b>	73%	<b>+9</b>
	NL	88%	<b>-1</b>	52%	=
	AT	80%	<b>+2</b>	58%	<b>-7</b>
	PL	85%	<b>-2</b>	68%	<b>-5</b>
	PT	91%	=	80%	<b>+11</b>
	RO	89%	<b>-1</b>	71%	<b>+6</b>
	SI	94%	<b>+1</b>	71%	<b>+8</b>
	SK	88%	<b>-3</b>	66%	=
	FI	87%	<b>-5</b>	60%	<b>-3</b>
	SE	90%	<b>-2</b>	50%	<b>+3</b>
	UK	82%	<b>-5</b>	44%	<b>-5</b>

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass die Meinung, wonach die **verschiedenen Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise stärker zusammenarbeiten sollten, in allen Kategorien von der überwältigenden Mehrheit der Befragten vertreten wird**. Mehr Befragte in den besser situierten sozioprofessionellen Kategorien sprechen sich für diesen Standpunkt aus (90% bei jenen, die nie oder praktisch nie Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen, gegenüber 83% jener, die regelmäßig Schwierigkeiten haben), sowie von denjenigen, die am längsten eine Schulausbildung verfolgt haben (91% jener, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder darüber hinaus fortgeführt haben, und 91% jener, die noch studieren, gegenüber 85% jener, die mit 15 Jahren oder früher ihre Ausbildung beendet haben). Am meisten Zustimmung kommt von jenen, die denken, dass ihre Stimme in der EU zählt (94% gegenüber 85% jener, die das Gegenteil meinen) und die die Globalisierung als eine Chance sehen (94% gegenüber 84% jener, die dies nicht so sehen).

Das Gefühl, dass **die EU über ausreichend Macht und Mittel verfügt, um ihre Wirtschaftsinteressen zu verteidigen**, ist bei den Selbstständigen etwas stärker ausgeprägt (68%) als bei den anderen soziodemografischen Kategorien wie leitenden Angestellten, den Arbeitern und den anderen Angestellten (61% in den drei Kategorien). Zudem lässt sich bei den Personen, die der Meinung sind, dass ihre Stimme in der EU zählt, mehr Zustimmung beobachten (70% gegenüber 55% jener, die dies nicht glauben), ebenso bei jenen, die die Globalisierung als Chance sehen (69% gegenüber 54%, die dies nicht so sehen). Von jenen, die glauben, dass die Auswirkungen der Krise bereits ihren Höhepunkt erreicht haben, sprechen sich ebenfalls mehr für diese Aussage aus (70% gegenüber 54%, die glauben, das Schlimmste stünde noch bevor), ebenso verhält es sich mit jenen, die der Meinung sind, dass ihr Land Reformen braucht (64%, gegenüber 49%, die dies nicht glauben).



## 2. DIE WIRKSAMSTEN MAßNAHMEN ZUR BEWÄLTIGUNG DER KRISE

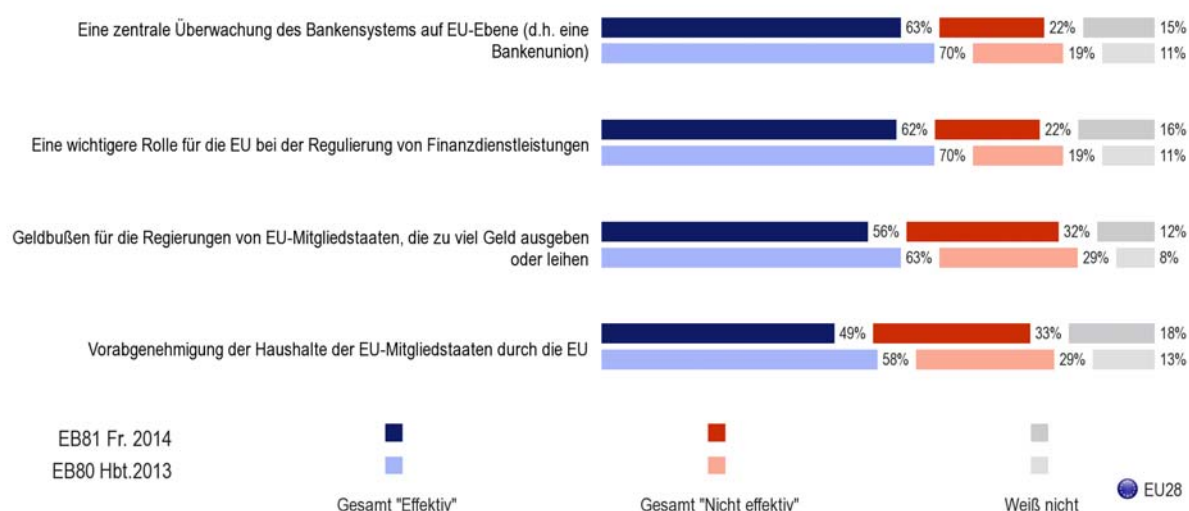
### – Nach wie vor beurteilt eine Mehrheit die diversen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise als wirksam, der Anteil ist jedoch rückläufig –

Die Befragten wurden gebeten, die **Wirksamkeit von vier Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu beurteilen**.

Diese Maßnahmen werden positiv aufgenommen, wobei die Mehrheit der EU-Bürger (zwischen 49% und 63%) angibt, dass die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise mit diesen wirksam bekämpft werden kann. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen überzeugt jedoch weniger Befragte als im Herbst 2013<sup>12</sup> überzeugt. Bei den Maßnahmen handelt es sich um:

- **Eine zentrale Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene**, mit der sich die Krise wirksam bekämpfen lassen würde: 63% der EU-Bürger, was einen Rückgang um -7 Prozentpunkte seit Herbst 2013 bedeutet;
- **Eine wichtigere Rolle für die EU bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen** (62%, -8);
- **Geldbußen für die Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, die zu viel Geld ausgeben oder leihen** (56%, -7);
- **Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten durch die EU** (49%, -9).

QC4. Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede dieser Maßnahmen für wie wirksam Sie sie halten.



<sup>12</sup> QC4. Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede dieser Maßnahmen für wie wirksam Sie sie halten: Eine wichtigere Rolle für die EU bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen; Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten durch die EU; Geldbußen für die Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, die zu viel Geld ausgeben oder leihen; Eine zentrale Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene (d. h. eine Bankenunion).



Diese vier Maßnahmen werden in den Ländern der Euro-Zone positiver aufgenommen, wobei alle Maßnahmen seit 2013 einen Rückgang verzeichnen. Vor allem ist dies der Fall bei **der zentralen Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene (d. h. eine Bankenunion)** (70% gegenüber 51% außerhalb der Euro-Zone), aber auch hinsichtlich **einer wichtigeren Rolle für die EU bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen** (67% gegenüber 54%), **der Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten durch die EU** (51% gegenüber 46%) sowie bei den **Geldbußen für die Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, die zu viel Geld ausgeben oder leihen** (58% gegenüber 52%).

Die Maßnahme, die als am wirksamsten zur Bewältigung der Krise betrachtet wird, ist **eine zentrale Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene (d. h. eine Bankenunion)** (EU28 63%, -7 Prozentpunkte): diese Meinung teilt in 27 Ländern die absolute Mehrheit der Befragten, wobei die höchsten Anteile in den Niederlanden (83%, -1) und in Belgien (78%, -4) verzeichnet werden. Am stärksten ausgeprägt ist der Rückgang der Befürworter dieser Maßnahme in Großbritannien (35%, -12, gegenüber 35%, die „nicht wirksam“ angeben, +3), aber auch in Schweden (59%, -12) und Bulgarien (62%, -12). Allgemein betrachtet ist der Anteil in 25 der 28 Länder geringer.






























**Eine wichtigere Rolle für die EU bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen** stellt für 62% der Befragten eine wirksame Maßnahme dar (-8 Prozentpunkte). In allen Mitgliedstaaten teilt die Mehrheit der Bevölkerung diese Meinung, am stärksten in Belgien (76%, -7), Spanien (74%, -7), Portugal (73%, -4) sowie in Rumänien (73%, -4). Die niedrigsten Anteile weisen Großbritannien (43%, -10, gegenüber 33%, +1) und Dänemark (46%, -7, gegenüber 38%, +2) auf. Diese Maßnahme verzeichnet in 24 von 28 Mitgliedstaaten einen Rückgang.

Der Vorschlag **Geldbußen für die Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, die zu viel Geld ausgeben oder leihen**, zu verhängen, wird von 56% der EU-Bürger als wirksam bezeichnet, mit einem Rückgang von sieben Prozentpunkten. Die Meinung teilt die Mehrheit der Befragten in 26 Mitgliedstaaten, mit dem höchsten Anteil auf Malta (75%, -3) und Portugal (72%, +1). Am wenigsten überzeugt von ihrer Wirksamkeit sind die Befragten in Großbritannien (39%, -12, gegenüber 41% „nicht wirksam“, +4) und Dänemark (46%, -8, gegenüber 47%, +6). Auch diese Maßnahme büßt in 25 von 28 Mitgliedstaaten Prozentpunkte ein.

Die letzte Maßnahme, **Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten durch die EU**, überzeugt etwas weniger als jeden zweiten EU-Bürger (EU28 49%, -9 Prozentpunkte). Allerdings wird sie in 26 Mitgliedstaaten mehrheitlich als wirksam betrachtet, wobei wieder Belgien den ersten Platz belegt (67%, -5), gefolgt von Kroatien (65%, unverändert) und Rumänien (65%, +5). Österreich, wo die Meinungen relativ ausgewogen sind (42% insgesamt „wirksam“, -16, gegenüber 43%, +10), und Großbritannien (30%, -11, gegenüber 42%, +3) sind die einzigen Ausnahmen. In 21 der 28 Länder zeigt sich ein Rückgang.

QC4. Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede dieser Maßnahmen für wie wirksam Sie sie halten?

Antwort: Gesamt 'Effektiv'

		Eine zentrale Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene (d. h. eine Bankenunion)	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Eine wichtigere Rolle für die EU bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Geldbußen für die Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, die zu viel Geld ausgeben oder leihen	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten durch die EU	Unt. Fr.2014-Hbt.2013
	EU28	63%	-7	62%	-8	56%	-7	49%	-9
	EURO-ZONE	70%	-6	67%	-8	58%	-6	51%	-8
	NICHT EURO-ZONE	51%	-10	64%	-16	52%	-9	46%	-8
	BE	78%	-4	76%	-7	65%	-1	67%	-5
	BG	62%	-12	64%	-14	53%	-17	52%	-9
	CZ	65%	-8	60%	-11	64%	-7	53%	-8
	DK	68%	-9	46%	-7	46%	-8	46%	-5
	DE	75%	-8	65%	-11	48%	-6	46%	-13
	EE	58%	-8	52%	-13	54%	-5	43%	-8
	IE	71%	-4	71%	-5	62%	-8	60%	-2
	EL	59%	+1	65%	=	58%	+4	53%	+2
	ES	75%	-4	74%	-7	68%	-5	54%	-8
	FR	67%	-5	69%	-7	58%	-5	45%	-4
	HR	64%	-7	67%	-5	69%	-4	65%	=
	IT	59%	-10	63%	-7	60%	-10	54%	-12
	CY	70%	-6	68%	-9	65%	-6	58%	=
	LV	66%	-3	56%	-5	55%	-8	45%	-6
	LT	68%	+4	66%	+2	65%	-2	58%	+7
	LU	69%	-3	66%	-10	55%	-4	47%	-12
	HU	52%	-11	56%	-12	50%	-12	47%	-15
	MT	72%	+3	70%	+1	75%	-3	59%	-1
	NL	83%	-1	67%	=	57%	+1	59%	+3
	AT	68%	-8	57%	-9	52%	-13	42%	-16
	PL	55%	-10	56%	-13	59%	-10	54%	-10
	PT	75%	-3	73%	-4	72%	+1	62%	+2
	RO	70%	-2	73%	-4	67%	-1	65%	+5
	SI	71%	-4	69%	-3	68%	-6	58%	-6
	SK	68%	-10	63%	-14	62%	-13	54%	-14
	FI	64%	-11	63%	-4	58%	-9	49%	-7
	SE	59%	-12	53%	-6	52%	-5	49%	-9
	UK	35%	-12	43%	-10	39%	-12	30%	-11

Bei der soziodemografischen Analyse zeigt sich eine relativ große Einheitlichkeit der Ergebnisse bei den unterschiedlichen analysierten Variablen.

Allerdings kristallisieren sich je nach Kriterium gewisse Unterschiede heraus: die Befragten, die der Meinung sind, dass ihre Meinung in der Europäischen Union zählt, jene, die die Globalisierung als eine Chance betrachten sowie jene, die glauben, dass die EU ihre wirtschaftlichen Interessen verteidigen kann, weisen den höchsten Anteil an Personen auf, die die diversen getesteten Maßnahmen als wirksam bezeichnen. Zudem zeigt sich bei allen Maßnahmen eine stärkere Befürwortung durch jene, die sich der oberen Gesellschaftsschicht zuordnen.






**Beispielsweise lässt sich dies hinsichtlich der zentralen Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene beobachten.** Diejenigen, die meinen, dass ihre Stimme in der EU zählt (75% gegenüber 56% derjenigen, die meinen, dies sei nicht der Fall), jene, die die Globalisierung für eine Chance halten (73% gegenüber 57% jener, die diese Meinung nicht teilen) oder die meinen, die EU könne in der Weltwirtschaft ihre wirtschaftlichen Interessen verteidigen (74% gegenüber 54% jener, die gegenteiliger Meinung sind) glauben vermehrt, dass dies eine wirksame Maßnahme zur Bekämpfung der Krise darstelle. Zudem findet man bei den Befürwortern einen höheren Anteil an leitenden Angestellten (68% gegenüber 60% der Arbeiter) und jenen aus den höheren Bildungsschichten (67% der Befragten, die ihre Schulausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder darüber hinaus fortgesetzt haben, gegenüber 60% der Befragten, die ihre Schulausbildung mit 15 Jahren oder früher beendet haben).

**Derselbe Trend ist bei der Aussage „Eine wichtigere Rolle für die EU bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen“ zu beobachten.** Jene, die diese Maßnahme am stärksten befürworten, sind jene, die glauben, dass ihre Stimme in der EU zählt (72% gegenüber 56% jener, die dieses Gefühl nicht teilen), jene, die die Globalisierung als Chance sehen (72% gegenüber 57%, die gegenteiliger Meinung sind), sowie jene, die meinen, die EU sei in der Lage, ihre wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen (74% gegenüber 51%, die nicht dieser Meinung sind).

Die Bewertung der Wirksamkeit von **Geldbußen für die Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, die zu viel Geld ausgeben oder leihen**, ist in allen Kategorien einheitlicher. Diejenigen, die sich der oberen Gesellschaftsschicht zuordnen, geben häufiger an, diese als wirksam zu betrachten (65%) als jene, die sich zur Mittel- oder Arbeiterschicht zählen (56% in beiden Kategorien). Positiver nehmen jene sie auf, die der Meinung sind, dass ihre Stimme in der EU zählt (60% gegenüber 52% derjenigen, die das Gegenteil meinen). Hierbei ist anzumerken, dass es sich um die einzige Maßnahme handelt, für die sich die leitenden Angestellten unter allen sozioprofessionellen Kategorien am wenigsten begeistern können (52% gegenüber 60% der Hausmänner/-frauen und 58% der Arbeitslosen).

Und schließlich gewinnt die **Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten durch die EU** mehr junge Befragte für sich (53% der 15-24-Jährigen und 52% der 25-39-Jährigen gegenüber 45% der Befragten über 55 Jahren), aber auch bei den Befragten, die sich der oberen Gesellschaftsschicht zuordnen, schneidet diese Maßnahme gut ab (67% gegenüber 46% jener, die sich der Arbeiterklasse zuordnen). Jene, die glauben, dass ihre Stimme in der EU zählt, stehen dieser Maßnahme ebenfalls positiver gegenüber (59% gegenüber 43% jener, die diese nicht befürworten).

QC4. Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede dieser Maßnahmen für wie wirksam Sie sie halten. Eine wichtigere Rolle für die EU bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen

	Eine zentrale Überwachung des Bankensystems auf EU-Ebene (d. h. eine Bankenunion)			Eine wichtigere Rolle für die EU bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen			Geldbußen für die Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, die zu viel Geld ausgeben oder leihen			Vorabgenehmigung der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten durch die EU		
	Gesamt 'Effektiv'	Gesamt "Nicht effektiv"	Weiß nicht	Gesamt 'Effektiv'	Gesamt "Nicht effektiv"	Weiß nicht	Gesamt 'Effektiv'	Gesamt "Nicht effektiv"	Weiß nicht	Gesamt 'Effektiv'	Gesamt "Nicht effektiv"	Weiß nicht
EU28	63%	22%	15%	62%	22%	16%	56%	32%	12%	49%	33%	18%
 <b>Geschlecht</b>												
Mann	65%	23%	12%	64%	23%	13%	55%	36%	9%	51%	35%	14%
Frau	61%	20%	19%	61%	20%	19%	57%	29%	14%	47%	30%	23%
 <b>Alter</b>												
15-24	62%	21%	17%	62%	20%	18%	54%	34%	12%	53%	26%	21%
25-39	64%	21%	15%	65%	21%	14%	56%	33%	11%	52%	31%	17%
40-54	66%	22%	12%	63%	23%	14%	56%	34%	10%	49%	35%	16%
55 +	63%	20%	17%	60%	22%	18%	56%	31%	13%	45%	35%	20%
 <b>Ausbildung (Ende der)</b>												
15-	60%	19%	21%	57%	21%	22%	58%	26%	16%	45%	29%	26%
16-19	63%	22%	15%	61%	23%	16%	56%	33%	11%	49%	33%	18%
20+	67%	21%	12%	67%	21%	12%	55%	36%	9%	51%	36%	13%
Studiert noch	66%	19%	15%	66%	18%	16%	53%	37%	10%	54%	27%	19%
 <b>Sozio-professionelle Kategorie</b>												
Selbstständige	68%	20%	12%	66%	20%	14%	55%	35%	10%	51%	34%	15%
Leitende Angestellte	68%	23%	9%	67%	23%	10%	52%	41%	7%	50%	38%	12%
Andere Angestellte	65%	23%	12%	64%	24%	12%	55%	36%	9%	52%	35%	13%
Arbeiterinnen	60%	23%	17%	59%	23%	18%	56%	32%	12%	48%	34%	18%
Hausfrauen / -männer	63%	15%	22%	63%	14%	23%	60%	21%	19%	50%	24%	26%
Arbeitslose	63%	22%	15%	62%	23%	15%	58%	29%	13%	47%	33%	20%
Rentner / Pensionäre	62%	20%	18%	60%	22%	18%	57%	30%	13%	45%	33%	22%
Schüler / Studenten	66%	19%	15%	66%	19%	15%	54%	35%	11%	55%	26%	19%
 <b>Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala</b>												
Niedrig (1-4)	61%	21%	18%	59%	22%	19%	56%	30%	14%	46%	31%	23%
Mittel (5-6)	64%	21%	15%	63%	21%	16%	56%	33%	11%	49%	33%	18%
Hoch (7-10)	69%	21%	10%	67%	21%	12%	58%	33%	9%	55%	33%	12%
<b>Betrachten zählen</b>												
Arbeiterklasse	59%	22%	19%	59%	22%	19%	56%	29%	15%	46%	32%	22%
Mittelschicht	67%	21%	12%	66%	21%	13%	56%	35%	9%	51%	34%	15%
Oberschicht	80%	13%	7%	73%	17%	10%	65%	29%	6%	67%	24%	9%
<b>Meine Stimme zählt in der EU</b>												
Stimme zu	75%	15%	10%	72%	16%	12%	60%	32%	8%	59%	28%	13%
Stimme nicht zu	56%	27%	17%	56%	28%	16%	52%	35%	13%	43%	37%	20%
<b>Die Globalisierung ist eine Chance</b>												
Stimme zu	73%	17%	10%	72%	18%	10%	61%	33%	6%	58%	30%	12%
Stimme nicht zu	57%	32%	11%	57%	31%	12%	52%	39%	9%	43%	43%	14%

## IV. REFORM DES WIRTSCHAFTS- UND FINANZSYSTEMS?

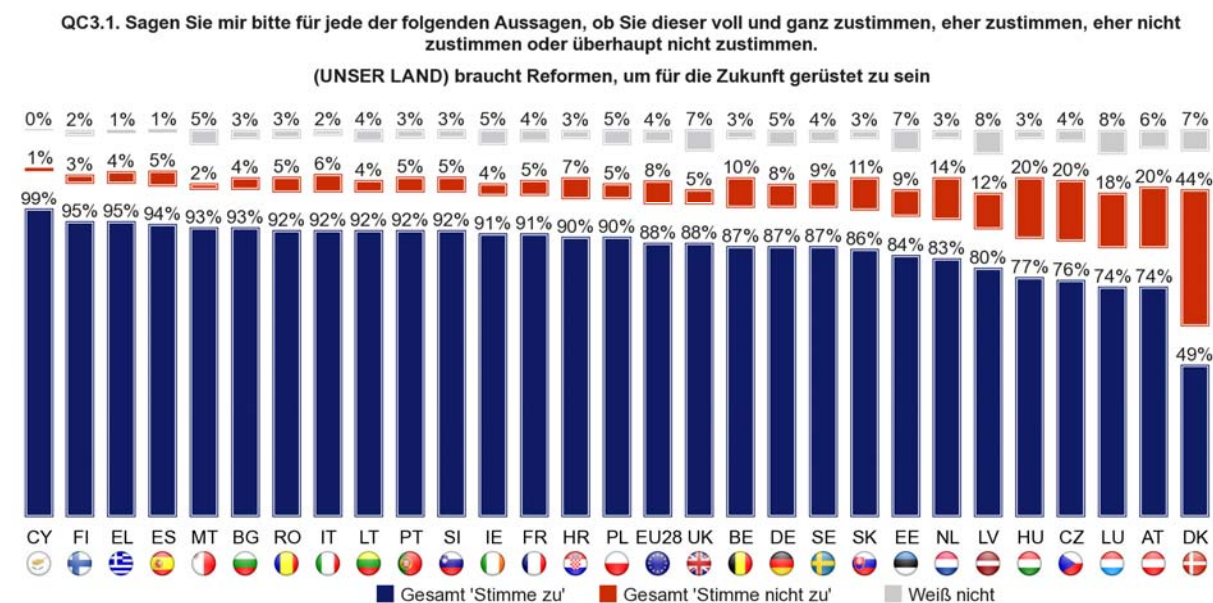
### 1. ERFORDERLICHE REFORMEN ZUR BEWÄLTIGUNG DER KRISE UND ZUR VERRINGERUNG DER STAATSVerschULDUNG

#### Reformen zur Bewältigung der Zukunft

Die überwältigende Mehrheit der EU-Bürger vermutet, dass ihr Land Reformen benötigt<sup>13</sup> (88%, seit Herbst 2013 unverändert). Dieser Anteil ist seit der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2010 (EB74) praktisch unverändert geblieben. Damals wurde die Frage erstmals gestellt (insgesamt „stimme zu“ zwischen 86% und 89%).

Die Zustimmung zu diesem Vorschlag ist auf Zypern (99%), in Finnland (95%) sowie in Griechenland (95%) am größten und schwankt zwischen 94% und 74% in allen anderen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Dänemark, wo die Meinungen wesentlich stärker geteilt sind (49% gegenüber 44% „stimme nicht zu“-Antworten).

In 13 der 28 Länder verzeichnet diese Aussage einen Zuwachs, wobei dieser auf Malta am größten ist (93%, +7 Prozentpunkte seit Herbst 2013). Umgekehrt verzeichnet Ungarn den stärksten Rückgang (77%, -12), gefolgt von Österreich (74%, -9).



<sup>13</sup> QC3.1. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. (UNSER LAND) braucht Reformen, um für die Zukunft gerüstet zu sein.

Der spezielle Fall Dänemark:

In Dänemark gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den soziodemografischen Kategorien: Männer (55% „stimme zu“ gegenüber 41%), die ältesten Befragten (56% gegenüber 34%), diejenigen, die am längsten eine Schulausbildung verfolgt haben (51% gegenüber 43%), und vor allem die leitenden Angestellten (56% gegenüber 40%) geben am häufigsten an, dass Dänemark Reformen benötigt, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Nur eine Minderheit der Frauen hingegen vertritt diese Meinung (43% gegenüber 47%), ebenso verhält es sich bei den Befragten zwischen 25 und 39 Jahren (43% gegenüber 52%) und jenen zwischen 40 und 54 Jahren (44% gegenüber 50%) sowie bei jenen, die bereits im Alter von 15 Jahren oder früher ihre Schulausbildung beendet haben (31% gegenüber 51%), sowie den Befragten zwischen 16 und 19 Jahren (36% gegenüber 57%), den Arbeitern (39% gegenüber 52%) und den Arbeitslosen (32% gegenüber 64%).

QC3.1 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Denmark braucht Reformen, um für die Zukunft gerüstet zu sein

	Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Weiß nicht
EU28	88%	8%	4%
Dänemark	49%	44%	7%
<b>Geschlecht</b>			
Mann	55%	41%	4%
Frau	43%	47%	10%
<b>Alter</b>			
15-24	47%	46%	7%
25-39	43%	52%	5%
40-54	44%	50%	6%
55 +	56%	34%	10%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>			
*15-	31%	51%	18%
16-19	36%	57%	7%
20+	51%	43%	6%
Studiert noch	51%	41%	8%
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>			
*Selbstständige	49%	49%	2%
Leitende Angestellte	56%	40%	4%
Andere Angestellte	52%	44%	4%
Arbeiterinnen	39%	52%	9%
Arbeitslose	32%	64%	4%
Rentner / Pensionäre	54%	36%	10%
Schüler / Studenten	51%	41%	8%

*\*Aufgrund der geringen Stichprobengröße sind diese Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren.*



### Öffentliches Defizit und Verschuldung

Zur Thematisierung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung wurde die Stichprobe der Befragten in zwei Gruppen geteilt. Jeder dieser Gruppen wurde eine Frage gestellt, deren Formulierung etwas anders lautete als jene, die der anderen Gruppe gestellt wurde<sup>14</sup>:

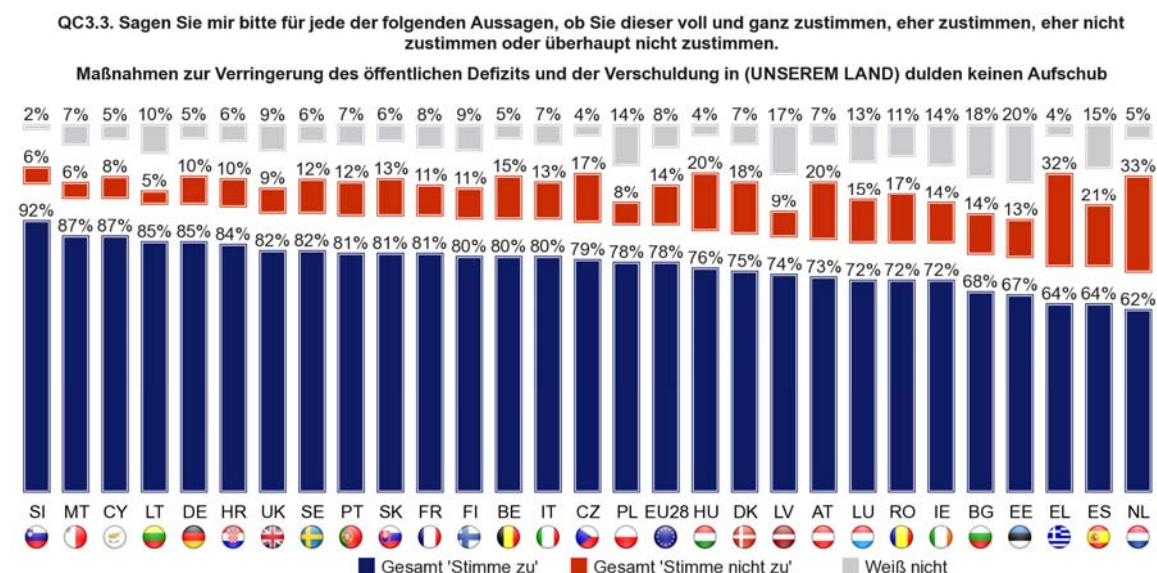
- **Eine positive Formulierung (SPLIT A** – „Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) **dulden keinen Aufschub**“);
- **Eine negative Formulierung (SPLIT B** – „Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) **haben derzeit keinen Vorrang**“).

Positive Formulierung:

**Mehr als zwei Drittel der EU-Bürger sind der Meinung, dass die Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung keinen Aufschub dulden (78%, +1 Prozentpunkt seit Herbst 2013).**

Diese Antwort ist in Slowenien (92%), auf Malta und auf Zypern (87% in den beiden Mitgliedstaaten) besonders ausgeprägt. Umgekehrt verzeichnen die Niederlande den geringsten Anteil (62%), gefolgt von Spanien und Griechenland (jeweils 64%).

Der Anteil der Befragten, die dieser Aussage zustimmen, verzeichnet in neun Ländern einen Zuwachs, wobei dieser in Rumänien am stärksten ist (72%, +10 Prozentpunkte), während er in 13 Mitgliedstaaten rückläufig ist, vor allem in Irland (72%, -9) und der Tschechischen Republik (79%, -8).

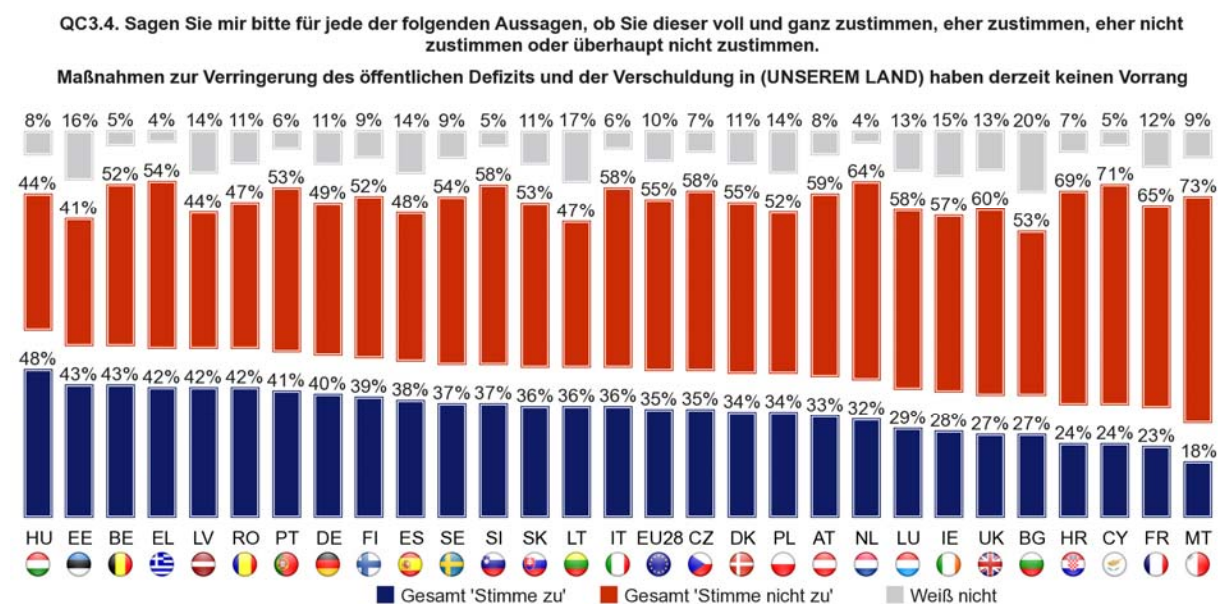


<sup>14</sup> QC3.3. und QC3.4. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) dulden keinen Aufschub ('SPLIT A'); Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) haben derzeit keinen Vorrang ('SPLIT B').

### Negative Formulierung:

Bei negativer Formulierung gibt nur ein Drittel der Befragten an: „Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) haben derzeit keinen Vorrang“, ein Anteil, der seit dem Herbst 2013 zurückgeht (35%, -7 Prozentpunkte). Umgekehrt legt der Anteil der EU-Bürger, die mit „stimme nicht zu“ antworten und somit meinen, dass Reformen vorrangig sind, um fünf Prozentpunkte zu (55%). Hierbei zeigt sich eine wesentliche Veränderung, die – nach den geteilten Ergebnissen, die die positive Formulierung hervorgebracht hat, das Gefühl verstärkt, dass **immer mehr EU-Bürger der Meinung sind, dass Reformen dringend notwendig sind.**





























In 24 Mitgliedstaaten steigt die Zahl der Negativ-Antworten und somit die Befürwortung von Reformen. Besonders ist dies in Litauen (47%, +27 Prozentpunkte), in Finnland (52%, +21), Bulgarien (53%, +20), Estland (41%, +19) und Slowenien (58%, +19) zu beobachten. Negative Entwicklungen zeigen sich nur in vier Mitgliedstaaten: auf Zypern (71%, -10), in Deutschland (49%, -3), der Slowakei (53%, -2) und in Portugal (53%, -1), wobei die Anteile der „stimme nicht zu“-Antworten nach wie vor die Mehrheit stellen.





QC3. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.






Antwort: Gesamt 'Stimme zu'

		(UNSER LAND) braucht Reformen, um für die Zukunft gerüstet zu sein	Unt. Fr. 2014 - Hbt. 2013	Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) dulden keinen Aufschub	Unt. Fr. 2014 - Hbt. 2013	Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) haben derzeit keinen Vorrang	Unt. Fr. 2014 - Hbt. 2013
	EU28	88%	=	78%	+1	35%	-7
	BE	87%	+2	80%	-3	43%	-4
	BG	93%	=	68%	-1	27%	-17
	CZ	76%	-8	79%	-8	35%	-9
	DK	49%	-7	75%	+1	34%	-11
	DE	87%	+1	85%	=	40%	-2
	EE	84%	-2	67%	-5	43%	-18
	IE	91%	=	72%	-9	28%	-22
	EL	95%	+3	64%	+5	42%	-7
	ES	94%	+1	64%	-7	38%	-2
	FR	91%	+1	81%	+4	23%	-10
	HR	90%	-2	84%	=	24%	-14
	IT	92%	+4	80%	=	36%	-7
	CY	99%	=	87%	=	24%	+9
	LV	80%	-2	74%	-5	42%	-8
	LT	92%	+1	85%	+3	36%	-26
	LU	74%	-8	72%	-6	29%	-9
	HU	77%	-12	76%	-7	48%	-11
	MT	93%	+7	87%	+3	18%	-3
	NL	83%	-4	62%	=	32%	-7
	AT	74%	-9	73%	-4	33%	-7
	PL	90%	+1	78%	=	34%	-16
	PT	92%	+2	81%	+1	41%	+4
	RO	92%	+2	72%	+10	42%	-9
	SI	92%	+3	92%	+6	37%	-16
	SK	86%	+2	81%	-6	36%	-2
	FI	95%	-3	80%	-4	39%	-24
	SE	87%	-4	82%	-3	37%	-13
	UK	88%	-1	82%	+1	27%	-7

Die **soziodemografische Analyse** ergibt wenige Unterschiede zwischen den soziodemografischen Kategorien:

- In allen Kategorien stimmt die überwältigende Mehrheit der Befragten der Aussage "**(UNSER LAND) braucht Reformen, um für die Zukunft gerüstet zu sein**" zu: So liegt der Anteil der „stimme zu“-Antworten bei den Männern und Frauen über 85%, ebenso in den verschiedenen Alterskategorien (mit Ausnahme der Befragten ab 75 Jahren, 84%) und den diversen Schulbildungs- und Berufsniveaus.
- Beim Thema öffentliches Defizit und Verschuldung lassen sich auch zwischen den Kategorien wenige Unterschiede erkennen, ungeachtet der Formulierung: In allen Kategorien sind die Befragten der Meinung, dass Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits erforderlich sind. Bei der positiven Formulierung **„Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) dulden keinen Aufschub“** überwiegen die „stimme zu“-Antworten in allen Kategorien bei weitem, mit den größten Anteilen bei denjenigen, die ihre Schulausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder darüber hinaus fortgesetzt haben (81%), den Selbstständigen (82%) und jenen, die sich zuoberst auf der Gesellschaftsleiter positionieren (83%).
- Bei negativer Formulierung der Aussage sind die diversen Kategorien nach wie vor geteilter Meinung, wenngleich es zwischen diesen kaum Unterschiede gibt: Am meisten „stimme nicht zu“-Antworten erhält die Aussage **„Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) haben derzeit keinen Vorrang“** bei folgenden Gruppen: Befragten zwischen 40 und 54 Jahren (57%), denjenigen, die ihre Schulausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgeführt haben (60%) und den leitenden Angestellten (60%). In allen soziodemografischen Kategorien gibt jedoch die absolute Mehrheit „stimme nicht zu“ an.

QC3. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.












	(UNSER LAND) braucht Reformen, um für die Zukunft gerüstet zu sein		(SPLIT A) Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) dulden keinen Aufschub		(SPLIT B) Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) haben derzeit keinen Vorrang	
	Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'
EU28	88%	8%	78%	14%	35%	55%
 <b>Geschlecht</b>						
Mann	89%	8%	80%	14%	36%	56%
Frau	88%	7%	77%	13%	34%	53%
 <b>Alter</b>						
15-24	86%	9%	75%	14%	34%	52%
25-39	89%	8%	78%	15%	36%	54%
40-54	89%	8%	79%	15%	35%	57%
55 +	89%	7%	78%	12%	34%	55%
 <b>Ausbildung (Ende der)</b>						
15-	87%	7%	76%	12%	32%	52%
16-19	88%	8%	78%	14%	36%	55%
20+	90%	7%	81%	13%	33%	60%
Studiert noch	87%	9%	77%	14%	37%	52%
 <b>Sozio-professionelle Kategorie</b>						
Selbstständige	91%	7%	82%	14%	36%	59%
Leitende Angestellte	90%	7%	80%	15%	34%	60%
Andere Angestellte	90%	8%	81%	15%	35%	59%
Arbeiterinnen	87%	9%	79%	13%	34%	54%
Hausfrauen / -männer	88%	6%	74%	13%	35%	50%
Arbeitslose	89%	8%	72%	18%	35%	52%
Rentner / Pensionäre	88%	7%	78%	11%	33%	55%
Schüler / Studenten	87%	9%	77%	14%	37%	52%
 <b>Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala</b>						
Niedrig (1-4)	88%	7%	74%	15%	37%	53%
Mittel (5-6)	88%	8%	78%	13%	36%	55%
Hoch (7-10)	89%	9%	83%	12%	34%	56%

In der folgenden Tabelle werden die Ergebnisse der gesamten Europäischen Union (EU28) im Durchschnitt, der sechs größten Länder der EU sowie von vier besonders von der Wirtschaftskrise betroffenen Ländern nach soziodemografischen Kriterien angezeigt.

QC3.1 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

(UNSER LAND) braucht Reformen, um für die Zukunft gerüstet zu sein

Gesamt 'Stimme zu'

	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	88%	87%	94%	91%	92%	90%	88%	95%	92%	91%	99%
<b>Geschlecht</b>											
Männlich	89%	87%	93%	91%	91%	90%	87%	96%	92%	92%	99%
Weiblich	88%	86%	94%	91%	92%	89%	89%	93%	92%	92%	98%
<b>Alter</b>											
15-24	86%	84%	92%	87%	94%	92%	85%	97%	90%	89%	100%
25-39	89%	86%	93%	91%	90%	91%	87%	96%	97%	90%	98%
40-54	89%	87%	98%	93%	91%	91%	88%	95%	94%	93%	99%
55 +	89%	88%	91%	90%	92%	88%	89%	92%	88%	93%	97%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>											
15-	86%	79%	92%	82%	90%	81%	89%	90%	91%	88%	98%
16-19	88%	86%	93%	92%	92%	88%	90%	95%	95%	90%	97%
20+	90%	91%	96%	94%	94%	92%	87%	95%	94%	94%	99%
Studiert noch	87%	90%	93%	85%	93%	94%	78%	98%	92%	96%	100%
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>											
Selbstständige	91%	91%	91%	97%	96%	93%	85%	96%	97%	99%	100%
Leitende Angestellte	90%	88%	100%	93%	96%	92%	90%	93%	97%	91%	100%
Andere Angestellte	90%	87%	96%	96%	92%	96%	91%	95%	97%	96%	97%
Arbeiter	87%	85%	96%	90%	87%	87%	90%	91%	94%	89%	100%
Hausfrauen / -männer	88%	86%	96%	92%	86%	93%	81%	94%	92%	89%	98%
Arbeitslose	89%	80%	95%	92%	93%	88%	85%	94%	92%	94%	99%
Rentner / Pensionäre	88%	86%	88%	90%	92%	87%	88%	94%	88%	89%	96%
Schüler / Studenten	87%	90%	94%	84%	94%	95%	78%	98%	91%	94%	100%

## 2. WELCHE MAßNAHMEN SOLLEN ZUR REFORM DES WIRTSCHAFTS- UND FINANZSYSTEMS ZUM EINSATZ KOMMEN?

### – Bedeutender Rückgang der Unterstützung von Maßnahmen zur Reform des Wirtschafts- und Finanzsystems –

Den Europäern wurden zwei Maßnahmen, die auf Ebene der EU zur Reform der Finanzmärkte<sup>15</sup> ergriffen werden könnten, vorgelegt. Sie wurden gefragt, ob sie sich dafür oder dagegen aussprechen:

- Die Einführung einer **Steuer auf Finanztransaktionen**;
- Die Einführung von **Eurobonds** (europäische Anleihen).

Die Unterstützung dieser zwei Maßnahmen verzeichnet seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013 (EB80) einen deutlichen Rückgang.

- **Die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen** wird von 45% der Befragten positiv aufgenommen, was einen Rückgang um 17 Prozentpunkte seit Herbst 2013 bedeutet. Gleichzeitig verzeichnet der Anteil derjenigen, die sich der Meinung enthalten, einen erheblichen Zuwachs (19% „Weiß nicht“, +8). Deutlich stärker vertreten sind die Befürworter in der Euro-Zone (52%, -16) als außerhalb dieser (30%, -22).

Die EU-Bürger, die dieser Maßnahme positiv gegenüber stehen, sind vor allem in Deutschland zu finden (72%) und in geringerem Ausmaß in Österreich (59%), in Portugal (57%) sowie in Frankreich (56%). Die anteilig wenigsten Befürworter weist Malta (24%), gemeinsam mit den Niederlanden (26%) und Großbritannien (26%) auf.

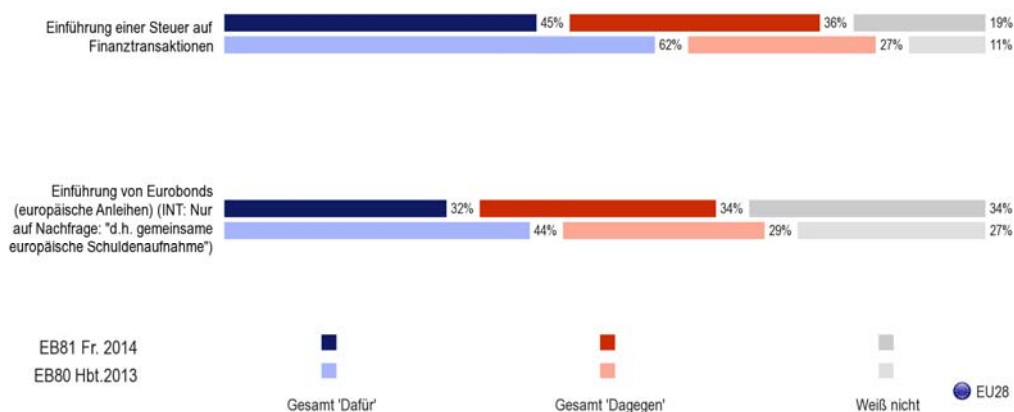
Das Item verzeichnet überall einen Rückgang, außer in Luxemburg (52%, unverändert). Die Zahl der „stimme zu“-Antworten verzeichnet in Kroatien (33%, -36 Prozentpunkte), in Rumänien (29%, -36) aber auch in Bulgarien (27%, -33), auf Zypern (27%, -30), der Slowakei (43%, -26), der Tschechischen Republik (39%, -25), in Spanien (41%, -25), Österreich (59%, -25), Polen (28%, -25), Italien (43%, -24), Griechenland (39%, -23) und Lettland (28%, -20) einen spektakulären Rückgang.

- Nur ein Drittel der EU-Bürger spricht sich für die **Einführung der Eurobonds** aus (32%, -12 Prozentpunkte). Auch bei dieser Maßnahme verzeichnet der Anteil der „Weiß nicht“-Antworten einen Zuwachs (34%, +7).

Die Maßnahme wird von etwas mehr als der Hälfte der Befragten in Belgien angeführt (56%, -9 Prozentpunkte) sowie von der Hälfte der Befragten in Portugal (50%, -5). Sie verzeichnet in allen Ländern einen Rückgang, wobei dieser Trend in Bulgarien (26%, -27), in Kroatien (39%, -24), Irland (34%, -21), der Tschechischen Republik (32%, -20) sowie in Österreich (26%, -20) am stärksten zu beobachten ist.






























<sup>15</sup> QC5. Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass die EU die folgenden Maßnahmen ergreift. Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen; Einführung von Eurobonds (europäische Anleihen)

QC5. Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass die EU die folgenden Maßnahmen ergreift.



QC5. Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass die EU die folgenden Maßnahmen ergreift.

Antwort: Gesamt 'Dafür'






		Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Einführung von Eurobonds (europäische Anleihen)	Unt. Fr.2014-Hbt.2013
	EU28	45%	-17	32%	-12
	EURO-ZONE	52%	-31	33%	-11
	NICHT EURO-ZONE	32%	-45	31%	-13
	DE	72%	-8	19%	-6
	AT	59%	-25	26%	-20
	PT	57%	-15	50%	-5
	FR	56%	-12	39%	-9
	LU	52%	=	39%	-6
	BE	49%	-10	56%	-9
	LT	48%	-16	33%	-11
	SI	44%	-13	33%	-13
	FI	44%	-15	26%	-10
	SE	44%	-10	33%	-7
	DK	43%	-17	42%	-6
	IT	43%	-24	38%	-16
	SK	43%	-26	40%	-13
	ES	41%	-25	36%	-13
	CZ	39%	-25	32%	-20
	EL	39%	-23	47%	-11
	HR	33%	-36	39%	-24
	RO	29%	-36	41%	-13
	EE	28%	-17	25%	-5
	IE	28%	-14	34%	-21
	LV	28%	-20	26%	-7
	HU	28%	-12	43%	-16
	PL	28%	-25	33%	-16
	BG	27%	-33	26%	-27
	CY	27%	-30	32%	-2
	NL	26%	-10	33%	-4
	UK	26%	-17	21%	-11
	MT	24%	-17	47%	-6

**Die soziodemografische Analyse** ergibt je nach Personenkategorie etwas unterschiedliche Tendenzen.

**Die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen** findet bei den besser situierten soziodemografischen Kategorien mehr Anklang: diejenigen, die sich der gesellschaftlichen Oberschicht zuordnen, sprechen sich zu 52% dafür aus, während es bei jenen, die sich der Arbeiterklasse zuordnen, 41% sind, und jene, die keine Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen, sprechen sich zu 47% dafür aus, während es bei jenen, die regelmäßig Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu begleichen, 36% sind. 49% der leitenden Angestellten sprechen sich für diese Maßnahme aus, während es bei den Arbeitslosen 41% sind und bei den Hausmännern/-frauen 40%. Und schließlich sprechen sich 53% derjenigen, die meinen, ihre Stimme zähle in der Europäischen Union, dafür aus, während es bei jenen, die dies nicht glauben, 39% sind.

**Die Einführung von Eurobonds** kann mehr Männer für sich gewinnen (37%) als Frauen (28%). Wie bei der vorhergehenden Maßnahme befürworten 38% derjenigen, die ihre Schulausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder darüber hinaus fortgesetzt haben, diese Idee, während es bei jenen, die ihre Ausbildung mit 15 Jahren oder früher beendet haben, 25% sind. Die Selbstständigen sprechen sich zu 40% dafür aus, während es bei den Arbeitern 30% und bei den Rentnern 27% sind. Die Maßnahme überzeugt auch 50% jener, die sich der oberen Gesellschaftsschicht zuordnen, gegenüber 28% jener, die sich der Arbeiterklasse zuordnen. Sie wird vor allem von 40% jener befürwortet, die glauben, dass ihre Stimme in der Europäischen Union zählt, gegenüber 27% jener, die dies nicht glauben.

QC5. Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass die EU die folgenden Maßnahmen ergreift.

	Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen		Einführung von Eurobonds (europäische Anleihen)	
	Gesamt 'Dafür'	Gesamt 'Dagegen'	Gesamt 'Dafür'	Gesamt 'Dagegen'
EU28	45%	36%	32%	34%
 <b>Geschlecht</b>				
Mann	49%	37%	37%	36%
Frau	40%	36%	28%	32%
 <b>Alter</b>				
15-24	37%	41%	35%	29%
25-39	42%	41%	33%	34%
40-54	48%	36%	35%	34%
55 +	46%	32%	29%	36%
 <b>Ausbildung (Ende der)</b>				
15-	42%	31%	25%	33%
16-19	45%	37%	30%	37%
20+	47%	39%	38%	33%
Studiert noch	42%	37%	37%	28%
 <b>Sozio-professionnelle Kategorie</b>				
Selbstständige	46%	39%	40%	33%
Leitende Angestellte	49%	39%	37%	36%
Andere Angestellte	45%	42%	35%	35%
Arbeiter	43%	38%	30%	36%
Hausfrauen / -männer	40%	30%	30%	26%
Arbeitslose	41%	38%	31%	35%
Rentner / Pensionäre	45%	32%	27%	36%
Schüler / Studenten	42%	37%	37%	28%
 <b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>				
Meistens	36%	41%	30%	33%
Gelegentlich	43%	38%	33%	31%
Nahezu nie/ Nie	47%	35%	32%	36%
<b>Betrachten zählen</b>				
Arbeiterklasse	41%	36%	28%	32%
Mittelschicht	47%	37%	35%	36%
Oberschicht	52%	37%	50%	28%
<b>Meine Stimme zählt in der EU</b>				
Stimme zu	53%	32%	40%	31%
Stimme nicht zu	39%	41%	27%	38%














Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse nach soziodemografischen Kriterien in der gesamten EU (EU28) im Durchschnitt, in den sechs größten Ländern der EU sowie in vier Ländern, die besonders von der Wirtschaftskrise betroffen sind.

QC5.1 Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass die EU die folgenden Maßnahmen ergreift.

Einführung von Eurobonds (europäische Anleihen)

Antwort: Gesamt 'Dafür'

	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	32%	19%	36%	39%	38%	33%	21%	47%	50%	34%	32%
<b>Geschlecht</b>											
Männlich	37%	22%	38%	47%	44%	35%	28%	55%	51%	40%	39%
Weiblich	28%	17%	33%	31%	31%	31%	14%	39%	48%	26%	25%
<b>Alter</b>											
15-24	35%	22%	45%	39%	31%	39%	24%	42%	54%	24%	29%
25-39	33%	23%	31%	34%	39%	38%	20%	47%	57%	35%	33%
40-54	35%	18%	39%	42%	44%	31%	26%	55%	56%	33%	36%
55 +	29%	18%	32%	39%	33%	27%	18%	43%	40%	37%	30%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>											
15-	25%	14%	27%	33%	29%	20%	17%	34%	41%	30%	15%
16-19	30%	19%	36%	35%	41%	28%	18%	49%	60%	29%	30%
20+	38%	23%	47%	42%	50%	37%	27%	55%	61%	40%	44%
Studiert noch	37%	24%	46%	48%	33%	44%	22%	42%	55%	27%	33%
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>											
Selbstständige	40%	13%	51%	39%	51%	46%	28%	56%	48%	43%	34%
Leitende Angestellte	37%	25%	50%	53%	52%	44%	27%	54%	61%	48%	48%
Andere Angestellte	35%	20%	40%	32%	45%	30%	32%	55%	62%	38%	36%
Arbeiter	30%	17%	35%	32%	35%	32%	19%	44%	55%	30%	34%
Hausfrauen / -männer	30%	22%	30%	40%	31%	37%	10%	43%	39%	20%	13%
Arbeitslose	31%	17%	28%	38%	38%	28%	18%	44%	48%	28%	22%
Rentner / Pensionäre	27%	18%	32%	37%	28%	23%	17%	43%	41%	36%	30%
Schüler / Studenten	37%	24%	46%	48%	33%	44%	22%	42%	55%	27%	33%

## STANDARD-EUROBAROMETER 81

### Die Europäer, die EU und die Krise TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

Zwischen dem 31. Mai und dem 14. Juni 2014 hat TNS opinion & social, ein Konsortium aus TNS political & social, TNS UK und TNS opinion, im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Strategie, Corporate Communication Maßnahmen und Eurobarometer“, die EUROBAROMETER-Umfragewelle 81.4 durchgeführt.

Der Welle 81.4 ist die STANDARD-EUROBAROMETER 81 Umfrage und deckt die Bevölkerung mindestens 15-jähriger Personen ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedsstaates verfügen und in einem der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben.

Die STANDARD-EUROBAROMETER 81 Umfrage wurde außerdem in den fünf Bewerberländern (Türkei, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden von Angesicht zu Angesicht mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind unten angegeben.

Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Statistische Margen aufgrund der Probenahme (auf dem 95% Konfidenzniveau)											
<i>Verschiedene Stichprobengrößen sind in Reihen</i>						<i>beobachteten Ergebnisse sind in: verschiedenen Spalten</i>					
	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	
N=50	6,0	8,3	9,9	11,1	12,0	12,7	13,2	13,6	13,8	13,9	N=50
N=500	1,9	2,6	3,1	3,5	3,8	4,0	4,2	4,3	4,4	4,4	N=500
N=1000	1,4	1,9	2,2	2,5	2,7	2,8	3,0	3,0	3,1	3,1	N=1000
N=1500	1,1	1,5	1,8	2,0	2,2	2,3	2,4	2,5	2,5	2,5	N=1500
N=2000	1,0	1,3	1,6	1,8	1,9	2,0	2,1	2,1	2,2	2,2	N=2000
N=3000	0,8	1,1	1,3	1,4	1,5	1,6	1,7	1,8	1,8	1,8	N=3000
N=4000	0,7	0,9	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	N=4000
N=5000	0,6	0,8	1,0	1,1	1,2	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	N=5000
N=6000	0,6	0,8	0,9	1,0	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	N=6000
N=7000	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	N=7000
N=7500	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	N=7500
N=8000	0,5	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	N=8000
N=9000	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	N=9000
N=10000	0,4	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	N=10000
N=11000	0,4	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	N=11000
N=12000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	N=12000
N=13000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	N=13000
N=14000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	N=14000
N=15000	0,3	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	N=15000
	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	

ABK.	LÄNDER	INSTITUT	ZAHL DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+	ANTEIL EU28
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.012	31/05/14	9/06/14	9.263.570	2,18%
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.074	31/05/14	9/06/14	6.294.563	1,48%
CZ	Tschech.Rep.	TNS Aisa	1.011	31/05/14	9/06/14	8.955.829	2,11%
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.006	31/05/14	9/06/14	4.625.032	1,09%
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.576	31/05/14	9/06/14	71.283.580	16,79%
EE	Estland	TNS Emor	1.031	31/05/14	9/06/14	1.113.355	0,26%
IE	Irland	Behaviour & Attitudes	1.003	31/05/14	9/06/14	3.586.829	0,84%
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.017	31/05/14	9/06/14	8.791.499	2,07%
ES	Spanien	TNS Spain	1.033	31/05/14	9/06/14	39.506.853	9,31%
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.004	31/05/14	9/06/14	51.668.700	12,17%
HR	Kroatien	HENDAL	1.003	31/05/14	9/06/14	3.625.601	0,85%
IT	Italien	TNS Italia	1.036	31/05/14	9/06/14	51.336.889	12,09%
CY	Zypern	CYMAR	500	31/05/14	9/06/14	724.084	0,17%
LV	Lettland	TNS Latvia	1.012	31/05/14	9/06/14	1.731.509	0,41%
LT	Litauen	TNS LT	1.015	31/05/14	9/06/14	2.535.329	0,60%
LU	Luxemburg	TNS ILReS	506	31/05/14	9/06/14	445.806	0,11%
HU	Ungarn	TNS Hoffmann	1.087	31/05/14	9/06/14	8.477.933	2,00%
MT	Malta	MISCO	504	31/05/14	9/06/14	360.045	0,08%
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.016	31/05/14	9/06/14	13.901.653	3,27%
AT	Österreich	ipr Umfrageforschung	1.000	31/05/14	9/06/14	7.232.497	1,70%
PL	Polen	TNS Polska	1.001	31/05/14	9/06/14	32.736.685	7,71%
PT	Portugal	TNS Portugal	1.075	31/05/14	9/06/14	8.512.269	2,01%
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.022	31/05/14	9/06/14	16.880.465	3,98%
SI	Slowenien	RM PLUS	1.043	31/05/14	10/06/14	1.760.726	0,41%
SK	Slowakei	TNS Slovakia	1.024	31/05/14	10/06/14	4.580.260	1,08%
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	1.012	31/05/14	10/06/14	4.511.446	1,06%
SE	Schweden	TNS Sifo	1.008	31/05/14	12/06/14	7.944.034	1,87%
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.373	31/05/14	14/06/14	52.104.731	12,27%
<b>GESAMT EU28</b>			<b>28.004</b>	<b>2/11/13</b>	<b>17/11/13</b>	<b>424.491.772</b>	<b>100%*</b>

\* Es ist zu beachten, dass die in dieser Tabelle angegebene Gesamtprozentzahl durch Rundung 100% übersteigen können

CY(tcc)	Türkisch-zyprische Gem.	KADEM	500	31/05/14	9/06/14	143.226
TR	Türkei	TNS Piar	1.026	31/05/14	10/06/14	54.844.406
MK	Ehemalige jugoslawische Rep. Mazedonien	TNS BRIMA	1.033	31/05/14	9/06/14	1.678.404
IS	Island	Capacent	501	31/05/14	9/06/14	252.277
ME	Montenegro	TNS Medium Gallup	551	31/05/14	9/06/14	492.265
RS	Serbien	TNS Medium Gallup	1.074	31/05/14	9/06/14	6.409.693
<b>TOTAL</b>			<b>32.689</b>	<b>31/05/14</b>	<b>14/06/14</b>	<b>488.312.043</b>